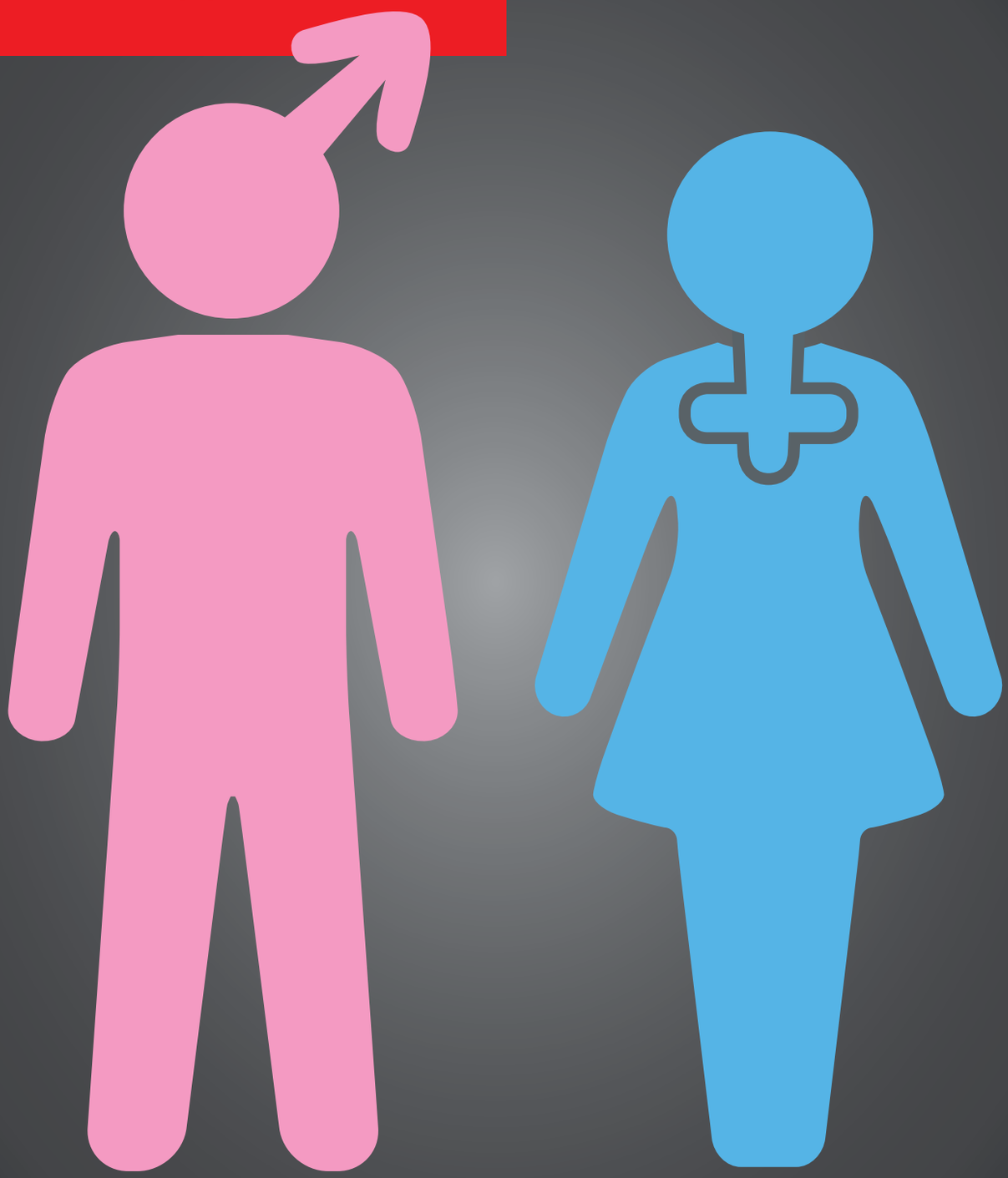
E&W

Erziehung & Wissenschaft 04/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Berufswahl:

Was will ich werden?

Foto: BIBB

ANGELIKA PUHLMANN

Berufsberatung verbessern

Über die Teilhabe von Frauen an Ausbildung und Beruf gibt es in Deutschland zwei scheinbar diametral entgegengesetzte Erzählungen: Die eine hebt den gestiegenen Frauenanteil mit Abitur, die Selbstverständlichkeit einer Berufsausbildung und die gestiegene weibliche Erwerbstätigkeit hervor. Die andere verweist darauf, dass Frauen trotz besserer Schulabschlüsse immer noch größere Schwierigkeiten als Männer haben, einen Platz im dualen System zu finden und sich häufiger für schulische Ausbildungen in Gesundheit, Pflege, Sozialem, Erziehung entscheiden. Und dass Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit weiterhin weibliche Berufsverläufe charakterisieren.

Als dritte Erzählung lässt sich noch die über die verschiedenen Prognosen hinzufügen: dass „die Wirtschaft“ „die Frauen“ braucht, dass ihr „Arbeitsmarktpotenzial“ besser ausgeschöpft und ihre „zeitliche Erwerbspartizipation“ erhöht werden sollen.

Angesichts dieser Szenarien muss man sich jedoch fragen, wie die Wahlmöglichkeiten junger Frauen heute tatsächlich einzuschätzen sind. Haben sie zugenommen? Und wenn ja, werden sie auch genutzt? Ein vergleichender Blick auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge junger Frauen und Männer in den 25 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen lässt daran zweifeln. Es ergibt sich ein über Jahrzehnte hinweg grundlegend unverändertes Bild: ein breiteres Berufsspektrum für junge Männer mit Schwerpunkten in gewerblich-technischen und handwerklichen Berufen, ein engeres Berufsspektrum für junge Frauen mit Schwerpunkten in kaufmännischen Berufen, im Verkauf und in Freien Berufen (s. Interview S. 12 ff.). Zudem ist die Zahl der Ausbildungsanfängerinnen im dualen System weiter rückläufig.

Dieser Trend spiegelt in gewisser Weise den Arbeitsmarkt wider, der ähnlich unter Männern und Frauen aufgeteilt ist. Deshalb müssen wir die Berufsberatung dringend verbessern, um „Grenzüberschreitungen“ bei der Berufswahl anzuregen und zu unterstützen (s. S. 16 f. und S. 19 f.).

Mädchen und Jungen sollten schon frühzeitig Einblick in ein breites – auch für sie „untypisches“ – Berufsspektrum erhalten. Ebenso sollten geschlechtsbezogene Konnotationen von Berufspräsentationen – Berufsbilder und Beschreibungen – erkannt und durch klischeefreie Darstellungen ersetzt werden, die einen Beruf als gleichermaßen für Frauen und Männer geeignet zeigen. Entsprechende Materialien lassen sich nutzen, um die Perspektiven von Eltern auf die Ausbildungsmöglichkeiten ihrer Töchter – und Söhne – zu erweitern. So können „untypische“ Berufsentscheidungen gefördert werden. Dazu gehören – ganz wichtig – immer auch Informationen über Ausbildungsvergütungen, Verdienst- und Karrierechancen in einzelnen Berufen sowie über Arbeitsbedingungen in den unterschiedlichen Branchen, etwa Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Rückkehrmöglichkeiten nach Auszeiten oder Beschäftigungssicherheit. Alle diese Aspekte müssten Bestandteil einer berufsbiografisch orientierten Beratung in Hinblick auf Einkommen und Alterssicherung sein. Themen, die wahrscheinlich bei jungen Frauen in der Berufswahlphase noch keine große Aufmerksamkeit erregen. Aber bereits mit der Entscheidung über einen Ausbildungsweg werden diese Fragen wichtig: Denn anders als eine schulische Berufsausbildung, die häufig sogar noch Geld kostet, ist eine duale Ausbildung mit einer Vergütung verbunden, inklusive einer Sozialversicherung, mit der bereits Anwartschaften für die Rente erworben werden. Nicht zuletzt muss allerdings die Wirtschaft für deutlich mehr gute Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote für Frauen in „Männerdomänen“ sorgen. Nur so realisiert sich ein erweitertes Berufsspektrum.

Angelika Puhlmann,
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB),
stellvertretende Leiterin des Arbeitsbereichs Übergänge in Ausbildung und Beruf, Berufsorientierung/Berufsorientierungsprogramm

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Berufsberatung verbessern — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt:
Berufswahl: Rollenklischees und Geschlechterstereotype
1. Berufswünsche: Was will ich werden? — Seite 6
2. Ausbildungssuche: Beharrlich stereotyp und eingeschränkt — Seite 8
3. Interview mit Hannelore Faulstich-Wieland: „Rollenbilder sind sehr wirksam“ — Seite 12
4. Gendersensible Berufsorientierung: „Als Lehrende sind wir Rollenvorbilder“ — Seite 16
5. Stereotype aufbrechen – was bringen Girls‘- und Boys‘Days? — Seite 19

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. Kongress in Bochum: „Primat der Pädagogik gilt auch in der digitalen Bildung“ — Seite 21
2. Mythen der Steuerpolitik: Bildungsausgaben – Taschenspielertrick — Seite 27
3. Die Kernthesen des Tobias Kaphegyi: Verheerende Bilanz des Neoliberalismus — Seite 28
4. Die Initiative präsentiert sich: Heraus zum 1. Mai! — Seite 30
5. Aktionszeiträume: Blick zurück und nach vorne — Seite 30

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren — ab Seite 23

Jugendhilfe und Sozialarbeit
15. Kinder- und Jugendbericht: Volljährig, aber nicht unabhängig — Seite 31

Marktplatz — Seite 33

28. GEW-Gewerkschaftstag
Kandidatinnen und Kandidaten für den Geschäftsführenden Vorstand der GEW — Seite 34

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
„Alles gut“ – ein Film über Flüchtlingsfamilien: „Wir schaffen das trotzdem“ — Seite 43

Schule und Medien
Medium Film in der Schule: Filmkompetenz erwerben — Seite 44

Leserforum — Seite 46

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

BAföG: zu wenig zum Leben

Nun gibt es wieder eine Debatte über das Bundesausbildungsförderungsgesetz – kurz BAföG: Anlass ist der Mitte Februar veröffentlichte „Alternative BAföG-Bericht“ von DGB-Jugend, GEW, ver.di und IG Metall. Der Report zeigt, was bei der staatlichen Ausbildungsförderung schief läuft. Zum Beispiel: Die Studierendenzahlen steigen, der Anteil der BAföG-Empfänger schrumpft. Die Gewerkschaften werteten aktuelle BAföG-Zahlen aus und stellten fest, dass Bedarfssätze und Freibeträge zu niedrig, Wohnkostenpauschale und Altersgrenzen realitätsfern seien. Fazit: Das BAföG sei im Laufe seiner Geschichte erheblich erodiert. Obwohl die Fördersätze im vergangenen Herbst um sieben Prozent erhöht worden seien, „liegen diese um 6,4 Prozentpunkte unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten seit 1971“, heißt es in dem Bericht. Aktuell liegt der Höchstsatz für einen Studierenden, der nicht bei seinen Eltern wohnt, bei 735 Euro im Monat. Zwei Drittel der Studierenden müssen jobben, um die Löcher in ihrem Geldbeutel zu stopfen. Einem „Spiegel“-Bericht zufolge sei die Quote der geförderten Studierenden in den vergangenen drei Jahren von 19 auf 15 Prozent gesunken. Dagegen hatten in den ersten BAföG-Jahren einmal fast 45 Prozent der Studierenden Förderung erhalten. Die GEW dringt darauf, die BAföG-Sätze noch vor der Bundestagswahl anzuheben. Das BAföG müsse endlich wieder zu 100 Prozent als Zuschuss gewährt, Fördersätze und Freibeträge müssten automatisch an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden, fordert GEW-Vize und Hochschulexperte Andreas Keller: „Nur so können wir den sozialen Numerus clausus überwinden.“ Die GEW plädiert zudem dafür, so schnell wie möglich eine umfassende Strukturreform der Ausbildungsförderung anzupacken.
Mehr Infos: www.jugend.dgb.de/studium

Sozial abgehängt

Etwa 3,7 Millionen Minderjährige sind in Deutschland nach Angaben der Kinder- und Jugendhilfe „sozial abgehängt“ – „durch Eltern ohne Berufsausbildung, ohne Job oder durch von Armut bedrohte Elternhäuser“. Sie gehörten zu den „Verlierern ihrer Generation“, stellte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Karin Böllert, Ende März in Berlin fest. Von 3,7 Millionen vertanen Chancen spricht Norbert Hocke, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich. Ein gesellschaftlicher Skandal, der endlich behoben werden müsse. Seit langem fordert die GEW eine Kindergrundsicherung für alle Kinder, die das Existenzminimum und eine gute Bildung ermöglicht. Dazu verpflichte auch das Grundgesetz, so Hocke. Finanzielle Armut gehe häufig auch mit Bildungs- und Kulturarmut einher. Der Kinder- und Jugendhilfetag der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe habe dies eindrucksvoll verdeutlicht (Bericht folgt in der Mai-Ausgabe).
Info: Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe ist ein Netzwerk bundeszentraler Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Jugendhilfe.

Chancen – nicht für alle

Nach wie vor – gut 15 Jahre nach dem PISA-Schock – beeinflusst die soziale Herkunft erheblich die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Bildungsstudie „Chancenspiegel 2017“, die Anfang März in Berlin präsentiert worden ist. Das gemeinsame Monitoring von Bertelsmann Stiftung, TU Dortmund und Uni Jena zeichnet für den Zeitraum von 2002 bis 2014 nach, wie es um Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, um Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit in deutschen Schulen steht. Demnach liegen Neuntklässler aus einkommensschwächeren Familien in ihrer Lesekompetenz trotz leichter Verbesserungen immer noch mehr als zwei Schuljahre hinter ihren Klassenkameraden aus privilegierten Milieus (s. DIESMAL S. 48) zurück. Ein weiterer Befund: Die Unterschiede zwischen den Bundesländern haben sich seit 2002 vergrößert: „Land der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ statt „gemeinsame Bildungsrepublik“ – so könnte man die Ergebnisse des neuen „Chancenspiegel Schule“ zusammenfassen. „Spiegel Online“ titelte: „Falscher Wohnort? Pech gehabt.“ Besonders schlecht kommt unter dem Aspekt der Chancengleichheit das Schulsystem in Bayern weg – zu undurchlässig, zu wenig Ganztag, zu kleiner Inklusionsanteil. „Modernisierungsrückstände“ nennen das die Wissenschaftler aus Dortmund und Jena. In Abstufungen gelte dies auch für das einstige Bildungsmusterland Baden-Württemberg.

Nachhilfeboom

Für 1,2 Millionen Jugendliche ist Nachhilfeunterricht ein fester Bestandteil ihrer Schulkarriere. Darauf wies bereits eine Untersuchung im vergangenen Jahr hin. Eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) macht jetzt noch einmal deutlich, dass der kommerzielle Nachhilfeunterricht ein boomender Geschäftszweig sei, mit dem in Deutschland Milliarden Euro verdient werden. Diese Entwicklung trage dazu bei, dass sich die soziale Kluft in der Schülerschaft vertieft. Denn Eltern mit geringerem Einkommen könnten sich Nachhilfe für ihre Kinder kaum leisten (Report folgt im Juni-Heft). Einen Ausweg aus dieser sozialen Ungleichheit sieht der Dortmunder Bildungsforscher Prof. Wilfried Bos im Ausbau des Ganztags. Für Bos eine Chance, einer fortschreitenden Privatisierung der Bildung entgegenzuwirken. Ganztagsschulen könnten verhindern, dass per Nachhilfe zunehmend das Portemonnaie der Eltern über Lebensperspektiven der Kinder entscheide, sagte der Schulentwicklungsexperte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Der aktuelle Nachhilfeboom sei eigentlich eine „Bankrotterklärung für die Schule“.

Prof. Wilfried Bos, Bildungsforscher

Foto: dpa

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie zwei Fahrradtaschen.*

Prämie des Monats April:

Zwei Fahrradtaschen

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats April 2017/Fahrradtaschen

Was will ich werden?

// Welchen Einfluss haben Geschlechterstereotype auf die berufliche Orientierung von Mädchen und Jungen? Wissen die jungen Menschen, was ihre Entscheidung für ihr Leben bedeutet? E&W hat drei Jugendliche aus Berlin befragt. //

Traumberuf Hundetrainer

// Paul, 15 Jahre alt, 10. Klasse einer Sekundarschule, macht in diesem Schuljahr seinen Mittleren Schulabschluss (MSA). //

„Ich fange gerade an, mich für einen Ausbildungsplatz als Tierpfleger zu bewerben. Schön wäre es, wenn ich irgendwann Hundetrainer werden könnte. Da es den Beruf nicht als Ausbildungsberuf gibt, muss ich zunächst Tierpfleger lernen. Hundetrainer ist aber mein Traumberuf. Den Tipp hat mir meine Mutter gegeben. Mit Hunden konnte ich schon immer gut umgehen. Ich habe es als Kind sogar geschafft, einen Hund, der immer vor Angst bellte, wenn er Kinder gesehen hat, die Angst vor ihnen zu nehmen.

Paul: „Schön wäre es, wenn ich irgendwann Hundetrainer werden könnte. Da es den Beruf nicht als Ausbildungsberuf gibt, muss ich zunächst Tierpfleger lernen.“

Fotos: Kay Herschelmann

Wichtig ist mir, dass ich so schnell wie möglich eigenes Geld verdienen kann. Ein Beruf muss mir aber auch Spaß machen. Als kleiner Junge wollte ich Feuerwehrmann werden, so wie viele andere Jungs auch. Zurzeit mache ich mir noch keine Gedanken, was nach der Ausbildung sein wird. Ich kann mir aber gut vorstellen, mein Leben lang mit Hunden zu arbeiten. Wenn ich erwachsen bin, würde ich gern in einer Wohngemeinschaft oder allein leben, aber nicht in Berlin. Kinder will ich keine haben, Erziehung wäre mir zu schwierig.“

Nach dem Abi viel reisen

// Emma, 15 Jahre, besucht die 9. Klasse eines Gymnasiums. //

„Nach dem Abi möchte ich viel reisen, mir viele Länder anschauen und die Zeit genießen. Vielleicht verbinde ich das auch mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ).

Anschauen will ich mir vor allem ganz besondere Orte; das sind für mich Länder und Kulturen außerhalb Westeuropas und Nordamerikas – z. B. Asien, Südamerika, Afrika. Mich interessieren fremde Sprachen, deshalb kann ich mir gut vorstellen, später einmal etwas in diesem Bereich zu studieren.

Als ich ein kleines Kind war, wollte ich Musikerin oder Sängerin werden. Das kann ich mir auch heute noch vorstellen. Den Beruf der Lehrerin fand ich früher auch ganz toll. Heute nicht mehr so, da ich unser Schulsystem alles andere als gut finde.

Wenn ich 30 bin, hoffe ich, dass ich bis dahin viel von der Welt gesehen und einen Job habe, der mir gut gefällt. Aber so richtig vorstellen kann ich mir das heute noch nicht. Karriere oder viel Geld zu verdienen, ist für mich nicht wichtig. Über Familie und Kinder mache ich mir noch gar keine Gedanken.

Wenn ich erwachsen bin, würde ich gerne von Zuhause ausziehen und mit anderen zusammen in einer Wohngemeinschaft leben.“

Zunächst: Freiwilliges Soziales Jahr

// Jule, 17 Jahre alt, 12. Klasse eines Gymnasiums, macht in diesem Jahr Abitur. //

„Nach dem Abi werde ich zunächst ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Bereich Kultur absolvieren; wenn es klappt, im Archiv der Jugendkulturen in Berlin. Dass meine Mutter Historikerin ist, spielt sicherlich eine Rolle bei meiner Entscheidung, aber keine entscheidende. Ich habe mich eher an meinem Freundeskreis orientiert. Was nach dem FSJ kommt, werde ich sehen. Gleich zu studieren, kommt für mich nicht infrage; ich habe so viele Interessen und weiß gar nicht, wie ich die unter einen Hut bekommen soll. Vor ein paar Jahren habe ich noch gesagt, ich ziehe mit 18 von Zuhause aus. Das ist aber derzeit aus finanziellen Gründen unrealistisch. Meine Berufswünsche haben sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Als Sechsjährige wollte ich Philosophin werden, später Schriftstellerin, dann Schauspielerin.

Wie mein Leben in zehn oder 15 Jahren aussehen wird, wird sich zeigen. Vielleicht habe ich einen Partner oder eine Partnerin. Kinder zu bekommen, kann ich mir auch gut vorstellen. Dann muss aber alles stimmen. Ich hoffe, dass sich in den nächsten Jahren die Gesetze ändern, so dass Adoptionen für gleichgeschlechtliche Paare leichter möglich sind.“

Jule: „Gleich zu studieren, kommt für mich nicht infrage; ich habe so viele Interessen und weiß gar nicht, wie ich die unter einen Hut bekommen soll.“

Emma: „Nach dem Abi möchte ich viel reisen und mir viele Länder anschauen und die Zeit genießen.“

Aufgezeichnet von Jürgen Amendt, Redakteur „neues deutschland“

Typisch männlich: der Mechatroniker. Bei der Berufswahl der jungen Männer liegt er ganz vorne.

Foto: dpa

Beharrlich stereotyp und eingeschränkt

// Jungen wählen oft technische, Mädchen häufig soziale und kommunikative Berufe – und hängen mit Blick auf Verdienst und Karriere meist hinterher. Beklagt wird dies seit längerem. Gegengesteuert wird auch. Ohne große Erfolge. //

2020 soll die erste deutsche Frau zur Internationalen Raumstation ISS fliegen. 400 Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen bewarben sich für das Projekt „Die Astronautin"*. „Die Zukunft der Raumfahrt ist weiblich", verkündete Brigitte Zypries (SPD), damals noch Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, im September 2016. Klingt toll, doch grundsätzlich sehen die Berufswünsche junger Frauen ganz anders aus. Laut Statistischem Bundesamt begannen auch 2015 die meisten jungen Frauen eine Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement, gefolgt von Einzelhandelskauffrau und medizinischer Fachangestellter. Jungen entschieden sich am häufigsten für eine Lehre als Kraftfahrzeugmechatroniker, auch Industriemechaniker oder Elektroniker waren gefragt**. Bei Studienanfängern in Ingenieurwissenschaften lag der Frauenanteil 2014 lediglich bei 21 Prozent, während er in Erziehungswissenschaften 74 Prozent, bei Gesundheit und Sozialem 72 Prozent, in Geisteswissenschaften sowie Kunst 68 Prozent betrug***.

In einer 2015 am Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) von Christina Boll, Elisabeth Bublitz und Malte Hoffmann erstellten Studie zur geschlechtsspezifischen Berufswahl**** heißt es: „Im Jahr 2010 hätten noch immer 61,4 Prozent der Beschäftigten ihren Job wechseln müssen, um eine Frauenquote von 45 Prozent in allen Berufen zu erreichen. Damit wird deutlich, dass sich die Frauenanteile in den meisten Berufen über die letzten 35 Jahre nur wenig verändert haben."

Trotz Initiativen wie dem 2001 gestarteten Girls'Day oder dem 2008 ins Leben gerufenen „Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen" setzt sich eine geschlechtsstereotype Berufswahl beharrlich fort. Dafür gibt es viele Gründe: „Es ist ein Zusammenspiel von Präferenzen und Persönlichkeit, biologischen Faktoren und Sozialisation", sagt die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin Bublitz. Konservative Perspektiven bei unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren der Berufsorientierung, stereotype Werbung und Medieninhalte, die Spielwarenindustrie, aber auch Unternehmen und Wissenschaft prägten Rollenklischees, ergänzt die Geschäfts-

führerin des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit an der Fachhochschule Bielefeld, Ulrike Struwe.

Faktor soziale Herkunft

Zu unterscheiden ist indes zwischen Ausbildungsberufen und Studiengängen: Auf akademischer Ebene, auf der Berufsbilder nicht so festgelegt sind, gebe es weniger Geschlechtertrennung, so die Leiterin der Arbeitsgruppe Geschlechterforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), Juliane Achatz. Akzeptiert werden müsse zunächst wohl: Einiges sei angeboren. „Bestimmte Interessen und Vorlieben haben auch mit unseren Genen und unserem Geschlecht zu tun“, stellt die Entwicklungspsychologin und Vizekanzlerin der Universität Jena, Eva Schmitt-Rodermund fest. Auch mit Blick auf Fähigkeiten gebe es von klein auf erkennbare Unterschiede: Jungen hätten zum Beispiel im Schnitt eine bessere räumliche Wahrnehmung als Mädchen.

Zu diesen Anlagen gesellten sich Einflüsse von außen. Bereits Zweijährige verstünden, dass das, was ihnen Eltern und Erzieherinnen vorlebten, als typisch für Männer und typisch für Frauen gelte, erklärt Schmitt-Rodermund. „Kinder haben schon in ganz frühem Alter eine Vorstellung davon, was Jungen- und Mädchenberufe sind.“ All dies verfestige sich im Laufe der Jahre zu eigenen Stereotypen und Selbstbildern. Mit Blick auf die Berufswahl seien die Einflüsse von Müttern, Vätern und Rollenvorbildern in den Familien am besten untersucht – und wohl am wichtigsten, stellt Achatz fest. Damit sei mal wieder der Faktor soziale Herkunft bedeutend: Ingenieurs-Eltern ermutigten ihre Töchter beispielsweise eher, einen frauenuntypischen Beruf zu ergreifen.

Struwe zufolge steht der notwendige gesellschaftliche Wandel nach wie vor aus. „Bei uns sind Berufe noch immer stark vergeschlechtlicht. Das ist so in den Köpfen vieler Menschen drin“, sagt sie. Girls‘Day und MINT-Pakt seien „ein Tropfen auf den heißen Stein unseres Langzeitgedächtnisses“ (s. S. 19 f.). Bisher sei die Zielgruppe auch noch längst nicht erreicht: Am Girls‘Day hätten 2016 rund 100 000 Mädchen teilgenommen – das seien gerade mal fünf Prozent der Adressatinnen. „Wir müssen die vorhandenen Projekte noch mehr verstetigen“, fordert Struwe.

Jugendliche bräuchten kontinuierlich Informationsmöglichkeiten jenseits von Stereotypen. Werden solche Angebote aufgegeben, „fallen Erfolge sehr schnell in sich zusammen“. Im Jahr 2000 sei, um den Frauenanteil in IT-Berufen zu erhöhen, das Ausbildungsprojekt „idee_it“ gestartet worden. 2001 habe es in der Fachinformatik einen Frauenanteil von 11,6 Prozent gegeben. 2005 sei das Projekt eingestellt worden, inzwischen liege der Frauenanteil nur noch bei 7,3 Prozent. Eine frühe Förderung von Mädchen sei zwar wichtig, aber nicht ausschlaggebend. Viele junge Frauen entschieden sich erst kurz vor dem Abitur für einen Beruf, ergab Struwes Dissertation zur „Berufsorientierung technisch interessierter Jugendlicher“.

Genderkompetenzen nötig

Für Schmitt-Rodermund setzen Programme wie der Girls‘Day viel zu spät an. Schon ab der ersten Klasse müsse begonnen werden, auch bei Mädchen den Spaß an Wissenschaft und Technik zu erhalten, fordert sie. In der Grundschule seien Mädchen noch neugierig und offen für alle naturwissenschaftlichen Fächer: „Erst in der Pubertät bricht das ab. Selbst Mädchen mit guten Fähigkeiten in diesen Bereichen glauben dann, sie könnten etwas nicht.“ Um das Selbstvertrauen junger Frauen zu stärken, plädiert Struwe dafür, Teenager während der Pubertät in naturwissenschaftlichen Fächern getrennt zu unterrichten – „damit nicht die Jungen die Experimente durchführen und die Mädchen Protokoll schreiben“ (s. S. 16 f. und S. 19 f.).

Die GEW verlange seit langem, dass Lehrkräfte sich Genderkompetenzen aneignen, auch um ihr eigenes Rollenverständnis zu reflektieren, so Frauke Gützkow, im GEW-Vorstand für Frauenpolitik verantwortlich. Im Unterricht sollten wichtige Aspekte der Berufswahl wie Verdienstmöglichkeiten, Arbeitszeiten und Weiterentwicklungsperspektiven zudem noch ausführlicher thematisiert werden, um ein Bewusstsein für Geschlechterrollen zu schaffen und diese aufzubrechen (s. S. 12 f.). Gützkow verweist aber auch darauf, dass Lehrkräfte nach der Familie und

Typisch weiblich: die medizinische Fachangestellte. Bei den jungen Frauen einer der drei begehrtesten Ausbildungsberufe.

Foto: dpa

Hohe Erwartungen

Jugendliche haben der 17. Shell-Studie von 2015* zufolge hohe Bildungs- und Berufserwartungen sowie große Ansprüche an ihre Arbeitgeber. Am wichtigsten ist ihnen jedoch ein sicherer Arbeitsplatz (95 Prozent). Mehr als 90 Prozent geben an, dass Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürften. Für rund vier Fünftel der Befragten ist es demnach wichtig, dass sie ihre Arbeitszeit kurzfristig an ihre Bedürfnisse anpassen können. Drei Viertel wollen in Teilzeit arbeiten, wenn sie Kinder haben. Karriereorientierung steht hinter der Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben zurück. Junge Frauen sind dabei im Schnitt fordernder als junge Männer. Gleichzeitig vermutet mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen, dass es nicht leicht werde, ihre Wünsche nach einer Work-Life-Balance auf dem Arbeitsmarkt umzusetzen. N. E.

***Shell-Studie 2015: www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie.html**

Gleichaltrigen erst an dritter Stelle Einfluss nehmen könnten.

Nach einer Studie der Vodafone-Stiftung von 2014 hat etwa die Hälfte der Jugendlichen unzureichende Berufsinformationen. Da frage man sich, auf welcher Basis Berufsentscheidungen getroffen würden, so Bublitz. „Vielleicht gibt es doch nicht ausreichend Informationen – oder vielleicht die falschen. Oder die pure Anzahl existierender Berufe überfordert.“ Um die Komplexität der Berufswahl-Möglichkeiten zu reduzieren, orientierten sich junge Menschen dann einfach an Eltern und Freunden. Auch nach Ansicht von Achatz haben viele Jugendliche häufig noch keine präzisen Vorstellungen über die Breite des beruflichen Spektrums. Wenig Wissen führe eher zu einem Rückgriff auf Stereotype.

Die Berufswahl sei aber nicht nur geschlechtsstereotyp, sondern „auch sehr eingeschränkt“, betont Birgit Reißig, die am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in Halle zu Übergängen im Jugendalter forscht. „Die meisten jungen Menschen konzentrieren sich auf fünf bis zehn Berufe – von 328 anerkannten Ausbildungsberufen in Deutschland.“ Forschungen des DJI hätten zudem ergeben: Berufswunsch und Ausbildungswahl seien oft identisch, „da passiert selten noch ein Umdenken“. Stereotype, die sich bereits durch das ganze Leben ziehen, sind im Teenager-Alter also nicht mehr so einfach zu korrigieren. Eine leichte Trendwende kann es laut Achatz in den nächsten Jahren durch das Aufkommen neuer Berufsbilder etwa im Medien- und Kulturbereich geben. Neue Berufe seien in der Regel weniger geschlechtertypisiert.

Schulpraktika ausbauen

Unterschiede zwischen Jugendlichen in Ost und West gebe es, so die IAB-Expertin, unterdessen nicht. Zwar seien früher in der DDR mehr Frauen voll berufstätig gewesen als in der BRD. Die Forschung habe inzwischen jedoch gezeigt, dass Geschlechtertrennung und stereotype Berufsausübung in der DDR sogar noch stärker ausgeprägt waren. 2015 gab es die meisten MINT-Studentinnen nach Angaben des Frauen-MINT-Pakts in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg, die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Schleswig-Holstein*****.

Reißig ist überzeugt, dass Berufsorientierung in Schulen „systematischer erfolgen“ müsse. Lehrkräfte sollten dazu freigestellt werden. Praktika müssten intensiviert und ausgebaut werden. Die DJI-Expertin plädiert für mehr Langzeitpraktika, bei denen Schülerinnen und Schüler etwa ein Jahr lang einmal pro Woche in einem Betrieb seien. Auch könnten weitere Kooperationen von Schulen mit örtlichen Betrieben initiiert werden. In DJI-Umfragen werteten viele Jugendliche Praktika als hilfreich für die Berufswahl. Reißig rät Schulen ferner, enger mit Eltern zusammenzuarbeiten: „Das sind die wichtigsten Ratgeber.“

Struwe fordert zudem, Erfolge stärker hervorzuheben. 2015 seien 47,1 Prozent der Absolventinnen und Absolventen eines Mathematikstudiums Frauen gewesen, in der Chemie habe die Quote bei 43,9 Prozent gelegen. „Und trotzdem heißt es immer wieder abwertend ‚Mädchen interessieren sich nicht für Mathe‘. Das konterkariert viele Bemühungen.“ Achatz mahnt daher einen langen Atem an: Geschlechterstereotype ließen sich nicht einfach willentlich ändern. „Jeder trägt das in sich, auch wenn er oder sie noch so moderne Ansichten vertritt. Man kann da keine großen Schritte erwarten.“ Bublitz warnt allerdings davor, Frauen in geschlechteruntypische Tätigkeiten zwingen zu wollen. Die Berufswahl sollte immer präferenz- sowie persönlichkeitsgeleitet und frei erfolgen. Nicht jede Frau sei unzufrieden in einem geschlechtertypischen Job. „Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keinen Druck, eine gewisse Quote zu erfüllen.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***„Die Astronautin“: http://dieastronautin.de/**
****Destatis: Häufigste Ausbildungsberufe 2015: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/07/PD16_254_212.html**
*****Destatis: Frauen in Ingenieurwissenschaften: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/09/PD16_328_217.html**
******„Geschlechtsspezifische Berufswahl: Literatur- und Datenüberblick zu Einflussfaktoren, Anhaltspunkten struktureller Benachteiligung und Abbruchskosten“: www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Policy/HWWI_Policy_Paper_90.pdf**
*******Studienanfängerinnen und Absolventinnen nach Bundesländern im Jahr 2015: www.komm-mach-mint.de/Service/Daten-Fakten/2015/Studium-Bundeslaender-2015**

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Jetzt
50 Euro
Startguthaben[1]
sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2] der „Besten Bank“

[1] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
[2] Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**
- ✔ **Einfacher Online-Kontowechselservice**
- ✔ **Vorteil für GEW-Mitglieder: 50,– Euro Startguthaben[1]**

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 192 (kostenfrei)
www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Cartoon: Freimut Woessner

„Rollenbilder sind sehr wirksam“

// Maike wird Erzieherin, Niko Mechatroniker – trotz eines Spektrums von rund 300 Ausbildungsberufen und über 18 000 Studiengängen fällt die Berufs- und Studienwahl von Frauen und Männern immer noch geschlechtsspezifisch und eingeengt auf wenige Berufe aus (s. S. 2). Über Ursachen, Hindernisse und Möglichkeiten einer gendersensiblen Berufsorientierung sprach E&W mit der Erziehungswissenschaftlerin Hannelore Faulstich-Wieland. //

E&W: Mädchen haben die besseren Schulabschlüsse, aber beim Übergang in den Beruf entscheiden sie sich traditionell für typische Frauenberufe. Hat sich wirklich nichts verändert?

Hannelore Faulstich-Wieland: Es hat sich wenig getan: Zwar finden wir beide Geschlechter in Kaufleute-Berufen, ansonsten sind es aber oft noch „geschlechtstypische Wahlen“. So stehen bei Mädchen medizinische Berufe an dritter Stelle, bei Jungen steht der Kfz-Mechatroniker an erster Stelle. Klassisch ist, dass junge Frauen eher in schulische, junge Männer in duale Ausbildungsgänge gehen. Dabei wird die Wahl allerdings durch das Angebot bestimmt – Frauen wie Männer werden eher in geschlechtstypischen Berufen eingestellt. Insgesamt muss man aber berücksichtigen, dass die Unterteilung in „Männer- und Frauenberufe“ einfach nur auf quantitativen Zahlen beruht und nichts mit Veranlagungen, Kompetenzen usw. zu tun hat. Daher ist diese Zuschreibung kritisch zu betrachten, sie ist nicht in Stein gemeißelt, sondern veränderbar und hängt von politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ab.

E&W: Können Sie uns ein Beispiel nennen?

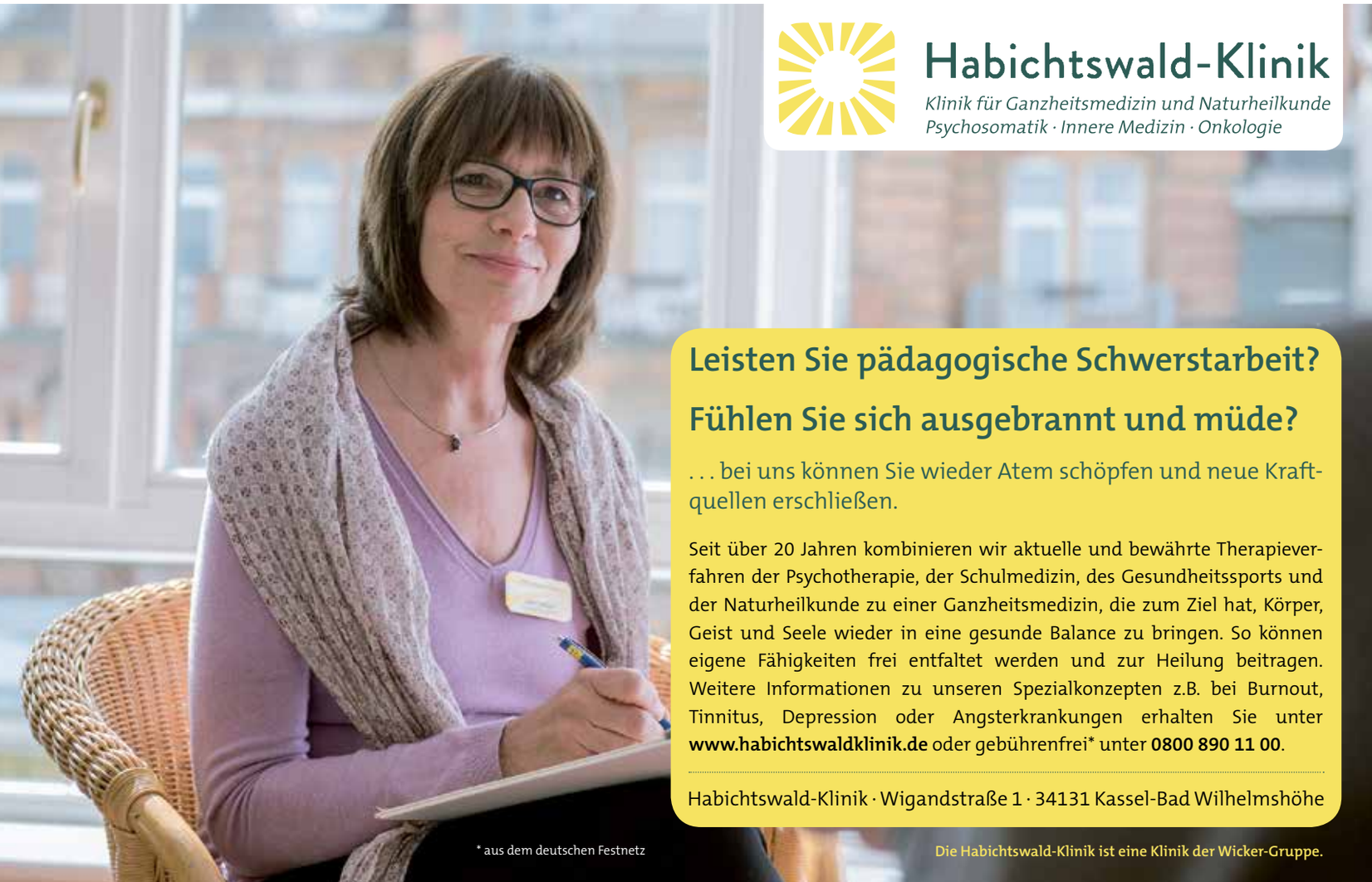
Faulstich-Wieland: Wenn wir uns den Gesundheitsbereich ansehen, war im Mittelalter das Heilen von Menschen eine klassische Frauendomäne. Erst später mit der Akademisierung der Tätigkeit im 19. Jahrhundert änderte sich das. Männer wurden Ärzte, denn Frauen durften nicht studieren. Heute sieht das anders aus. Betrachtet man die Studierendenzahl, so kann man keineswegs mehr von einer männlichen Domäne sprechen. Im Wintersemester 2014/15 waren 60,7 Prozent der in Humanmedizin eingeschriebenen Studierenden Frauen. Gerade in der Berufsorientierung ist es wichtig, solche Tatsachen und die Veränderbarkeit einer Zuschreibung von Geschlecht zu Beruf deutlich zu machen. Denn sie zeigen, dass der Berufswahl keine natürliche Differenz von Frauen und Männern zugrunde liegt, sondern soziale Konstruktionen und gesellschaftliche Übereinkünfte entscheidend sind.

E&W: Woran orientieren sich Jugendliche bei der Berufswahl?

Faulstich-Wieland: Die Eltern spielen eine entscheidende Rolle, mehr als die Peergroup und die Schule. Eltern sind Rollenvorbilder und haben oft geschlechterstereotype Erwartungen. Kinder werden eher unterstützt, wenn sie diese Vorstellungen erfüllen. Aber es ist schwierig zu sagen, was wie viel Einfluss nimmt. Berufswahl ist ein Prozess, der sehr früh beginnt – erst zu Hause, dann in der Kita, später in der Schule. Die Frage ist, welche Geschlechterbilder werden vermittelt, was wird gelobt, sanktioniert, was gefördert, was untersagt. Mit diesem Wissen kommen Kinder in die Schule. Wenn Berufsorientierung sich damit nicht auseinandersetzt, lässt sich kaum etwas bewegen.

E&W: Anstrengungen, dieses eingeschränkte Berufswahlspektrum aufzubrechen, hatten bisher wenig Erfolg. Warum?

Faulstich-Wieland: Die Ursachen sind vielfältig und hängen mit der Geschlechtersozialisation zusammen. Das fängt mit der Auswahl der Kleidung und mit Geschenken für die Kinder an. Dabei wird Geschlecht konstruiert: Jungen tragen blau, interessieren sich für Autos, für Technik und wählen später einen entsprechenden Beruf. Mädchen tragen rosa, sind fürsorglich und hilfsbereit und sollen schön sein. Das ist sicherlich jetzt überspitzt ausgedrückt, aber solche Zuschreibungen gibt es weiterhin. Sie prägen die Sicht auf das jeweilige Geschlecht und auf sich selbst. Und sie beeinflussen die eigenen Entscheidungen, das gilt auch für die Berufswahl. Ob offensichtlich oder subtil: Diese Rollenbilder sind sehr wirksam. Für die Berufsorientierung werden folglich besondere Anstrengungen benötigt, um die Geschlechtertypisierung aufzubrechen. Leider sieht die Realität anders aus, es fehlt an einer systematischen gendersensiblen Berufsorien-



tierung (s. S. 16 f.). Projekte wie der Girls'Day sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn ich 364 Tage etwas anderes erlebe, kann ein einziger Aktionstag im Jahr nicht viel bewirken.

E&W: Wie sieht eine gendersensible Berufsorientierung aus?

Faulstich-Wieland: Eine systematische gendersensible Berufsorientierung braucht Lehrkräfte, die sich das Thema zu eigen machen und über eine bestimmte Genderkompetenz verfügen. Zurzeit sieht es so aus, dass in der Regel Klassenlehrkräfte die Berufsorientierung übernehmen, zwar mit großem Engagement, aber oft nicht speziell ausgebildet und ohne gendersensibles Unterrichtsmaterial. Oder es sind Lehrkräfte aus der Berufsschule, die sich zunächst erstmal auf die neue Altersstruktur einstellen müssen und sich meist auch nur in ihrem Berufsbereich wirklich gut auskennen.

Fotos: privat

Hannelore Faulstich-Wieland ist Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg mit Schwerpunkt Schulpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisationsforschung.

E&W: Oft werden nur wenige Berufe besprochen, die meisten der 300 Ausbildungsberufe und 18 000 Studienfächer sind nicht bekannt.

Faulstich-Wieland: Die Auseinandersetzung mit den Berufen erfolgt eher zufällig über ein Berufe-ABC oder Ähnliches. Bei einer systematischen Berufsorientierung werden die Berufe gebündelt, die Schwerpunkte liegen auf den Anforderungen und notwendigen Kompetenzen des jeweiligen Berufsfeldes. Es geht darum, eine möglichst große Auswahl zu haben – und zwar ohne sofort in „Männer- oder Frauenberufe" zu unterteilen, denn Berufe werden nicht selten genau deshalb sofort ausgeschlossen.

E&W: Was ist zu beachten?

Faulstich-Wieland: Ganz wichtig ist die reflexive Ebene. Das heißt zu schauen, welche Bedeutung hat das Geschlecht in der Berufsorientierung. Eine Sache hatte ich schon angesprochen: deutlich zu machen, dass es Männer- und Frauenberufe nur auf der quantitativen Ebene gibt. Das wird leider oft anders verstanden und so interpretiert, als wären Frauen oder Männer für einen bestimmten Beruf besonders gut geeignet. Grundsätzlich gilt: Zuschreibungen zu erkennen und zu bearbeiten. Das führt zu Irritationen, die zum Nachdenken anregen. Irritationen hervorzurufen und aufzuzeigen, wie Stereotypisierung und Geschlechtszuweisungen funktionieren, scheint ein geeignetes Mittel zu sein.

E&W: Aus Ihrem Forschungsprojekt (s. Kasten) haben Sie die Handreichung „Gendersensible Berufsorientierung" für Lehrkräfte, Weiterbildner und Berufsberaterinnen entwickelt. Was sind die wichtigsten Inhalte?

Faulstich-Wieland: Gendersensibles Arbeiten erfordert Genderkompetenz. Gemeint ist, dass ich über das Thema Geschlecht und Berufsorientierung viel wissen muss und auch meine eigene Einstellung zu dem Thema reflektiert habe. Die Handreichung liefert Hintergrundinformationen zu der Geschlechtersegregation in Bildung und Beruf, der Geschlechtersozialisation und den Berufswahltheorien. Außerdem enthält sie konkrete Praxishilfen für den Unterricht.

E&W: Sollten Lehrkräfte alles unter dem Aspekt „Geschlecht" betrachten?

Faulstich-Wieland: Es ist nicht leicht, das Geschlecht in der Phase der Berufsorientierung zu thematisieren, da muss man zwischen Dramatisierung und Entdramatisierung eine gute Balance finden. Lehrkräfte sollten nicht alles durch die Genderbrille sehen, denn damit verstärkt man die „typischen" Zuschreibungen und reproduziert die Geschlechterrolle. Eine Entdramatisierung darf andererseits aber nicht dazu führen, das Geschlecht für irrelevant zu halten. Eine gute Balance herzustellen, heißt zum Beispiel, als Lehrkraft zwar die Bedeutung des Geschlechtes zu erkennen, es aber in der praktischen Arbeit nicht sofort in den Vordergrund zu rücken.

E&W: Welche Perspektive sehen Sie?

Faulstich-Wieland: Ich hoffe, dass unsere Handreichung Lehrkräften Material für ihre eigenen Reflexionsprozesse ebenso wie für die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern gibt, damit sie Berufsorientierung gendersensibel gestalten können.

Interview: Britta Jagusch, freie Journalistin

Schule soll junge Menschen unterstützen

Das Teilprojekt „Berufsorientierung und Gender" des Forschungsbereichs Sozialisation und Geschlecht der Universität Hamburg hat an Stadtteilschulen der Hansestadt untersucht, ob und wie schulische Berufsorientierung die genderuntypischen Interessen der Jugendlichen fördern – oder auch behindern – kann. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, dass Schule Jugendliche unterstützt, auch „geschlechtsuntypische" Berufswünsche zu entwickeln. Das Projekt hat die Hans-Böckler-Stiftung gefördert, das erste Teilprojekt „Berufsorientierung und Geschlecht" die Max-Traeger-Stiftung der GEW. B. J.

www.erzwiss.uni-hamburg.de/faulstich-wieland/Berufsorientierung%20und%20Geschlecht.htm

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Neu seit der didacta 2017
Premium Content, Premium Rabatte
mit der Lehrer-Online Card
BSW.
lehrer-onlineCard
DR. MAXIMILIAN MUSTERMANN
928000132 123456789 1
50,-€
Reisegutschein
Jetzt Reisegutschein als Begrüßungsgeschenk sichern und zusätzlich 3% Vorteil auf Reisen
Alle Informationen finden Sie auf: premium.lehrer-online.de

„Als Lehrende sind wir Rollenvorbilder“

// Auch wenn der große Durchbruch auf sich warten lässt: „Gendersensible Berufsorientierung“ unterstützt vielerorts junge Frauen und Männer, bei der Berufswahl Rollenmuster zu durchbrechen. Drei Beispiele. //

Wie verbreitet ist „gendersensible Berufsorientierung“ in Schulen, in Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen? „Das Bewusstsein für die Notwendigkeit ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen“, erklärt Katrin Böhnke, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Es gebe inzwischen auch einige Bundesländer, die eine geschlechterbewusste Didaktik in ihren schulischen Berufsorientierungskonzepten festgeschrieben haben. Doch fehle bislang die „Systematisierung der Akteure“. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden 2016 auf Initiative mehrerer Bundesländer die „Nationalen Kooperationen zur Berufs- und Studienwahl frei von Geschlechterklischees“ ins Leben gerufen. Zu deren Mitgliedern zählen unter anderem die zuständigen Bundesministerien, die Bundesagentur für Arbeit (BA), das BIBB, der DGB-Bundesvorstand und das arbeitgebernahe Netzwerk Schule-Wirtschaft.

Wie sieht „gendersensible Berufsorientierung“ überhaupt aus? Ein Besuch des „Berufskollegs Vera Beckers“ in Krefeld, einer städtischen beruflichen Schule mit 3 000 Schülerinnen und Schülern:

In grünen Plastikwännchen liegen Schweineherzen, dunkelrot, groß wie zwei Männerfäuste. „Ich find‘ das voll schön, mit den Äderchen“, sagt Melissa, 18 Jahre alt. Ihre Mitschülerin Vanessa, ebenfalls 18, nimmt ein Glasröhrchen und zieht es vorsichtig durch eine Art Kanal, der durch das Herz führt. „Das ist die Aorta. Da fließt das Blut durch“, weiß die junge Frau.

Seit 2012 läuft am „Berufskolleg Vera Beckers“ im Rahmen eines Pilotprojektes „geschlechtergetrennter naturwissenschaftlicher Unterricht“. Die jungen Frauen und Männer am Fachbereich Gesundheit und Soziales lernen in getrennten Gruppen, aus welchen Bestandteilen sich ein Schweineherz zusammensetzt. Das soll Schülerinnen ermuntern, das Skalpell auch mal selbst in die Hand zu nehmen. Melissa bestätigt: Beim gemeinsamen Unterricht erlebe sie Jungen „forscher“. „Dadurch kommen die Mädchen ins Hintertreffen.“ Bei einer schulinternen Evaluation im April 2016 erklärten 66 Prozent der befragten Schülerinnen: „Ich brachte mich in der reinen Mädchengruppe mehr im Unterricht ein als in der gemischtgeschlechtlichen.“ Aber auch die Jungen profitierten, erklärt Biologie-Lehrer Marc Thiele, 39 Jahre alt: „Die konzentrieren sich dann auf die Arbeit – und nicht darauf, dem anderen Geschlecht zu gefallen.“

Ausgetretene Pfade verlassen

Susanne Heussen unterrichtet am Berufskolleg vor allem Englisch. Gleichzeitig arbeitet die 51-Jährige als Gleichstellungsbeauftragte. Zu ihren Aufgaben zählt, Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, die ausgetretenen Pfade der Geschlechterrollen zu verlassen. Dazu könnten, so Heussen, Lehrkräfte beitragen – etwa durch bestimmte Unterrichtsmethoden. Beispiel Gruppenarbeit im kooperativen Lernen: „Mädchen übernehmen gerne die Rolle der Schreibenden“, erklärt die Pädagogin. Die Lehrkraft könne hier einen Rollenwechsel anregen: „Dann dokumentieren mal die Jungen – und die Mädchen präsentieren die Ergebnisse vor der Klasse.“ Im Schulsport lassen sich ebenfalls Rollenklischees durchbrechen. „Bei uns werden auch die Jungen in Tanz unterrichtet, mit Choreografie“, sagt Heussen. Sie betont zudem, „dass wir

Vanessa (links) und Melissa beim geschlechtergetrennten naturwissenschaftlichen Unterricht am „Berufskolleg Vera Beckers“ in Krefeld. Das Ziel: Die Schülerinnen sollen gegenüber den Jungen nicht ins „Hintertreffen“ geraten.

Ausbildung bei den Kölner Ford-Werken. Rund 20 Prozent der Azubis in den technischen Berufen sind junge Frauen wie Tugce (links) und Nida. Ihre Eltern unterstützen sie, einen technischen Beruf zu erlernen.

Fotos: Matthias Holland-Letz

als Lehrende ganz klare Rollenvorbilder sind“. Es mache bei Schülern Eindruck, wenn auch männliche Lehrkräfte in Elternzeit oder auf eine Teilzeitstelle gehen.

Aus der Schublade raus

Ortswechsel. Der Weiterbildungsanbieter Arbeit & Leben gGmbH in Mainz organisierte in den vergangenen Jahren Schulungen zur „gendersensiblen Berufsorientierung“. Gefördert vom Land Rheinland-Pfalz und der Agentur für Arbeit. Die jeweils viertägigen Veranstaltungen richteten sich vor allem an Lehrkräfte sowie Berufsberaterinnen und -berater. Dabei ging es darum, auch deren Biografie anzusprechen. „Wie sensibel bin ich, um meine eigenen Schubladen wahrzunehmen?“, erklärt Ann-Katrin Herold, 48 Jahre, Trainerin und Coach bei Arbeit & Leben Mainz. Ziel sei, in der Berufsberatung auch jene Wünsche zu akzeptieren, „die nicht in unser Weltbild passen“. Allerdings seien Lehrkräfte oder Berufsberaterinnen oft gezwungen, „pragmatisch zu handeln, um junge Menschen überhaupt im Beruf unterzubringen“, ergänzt die 48-Jährige. Nach dem Motto: „Hauptsache, wir finden was.“

Die Schulungen behandelten zudem die Frage: „Wie spreche ich den Ausbilder an, der ein Mädchen nicht anstellen will?“ Sie erlebe, „dass in vielen Betrieben Unsicherheiten bestehen“, betont Herold. Schnell komme das Argument, „wir haben keine Frauentoilette“. Deshalb könne der Betrieb keine Mädchen ausbilden. Unternehmen im Elektrobereich erklärten, bei ihnen müsse man Kabeltrommeln tragen – „und das können Mädchen nicht“. Dabei gebe es technische Hilfsmittel, die das Tragen von Lasten erleichtern, entgegnet die 48-Jährige. Geht es um gewerblich-technische Ausbildungen, so finde man in vielen Unternehmen zudem keine weiblichen Ausbilder. „Es sind auch die Vorbilder, die fehlen.“ Besuch bei den Kölner Ford-Werken. 17 000 Menschen arbeiten

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherer diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44
Fax: 07931 5493-50
E-Mail: schmerzklinik@schmerzklinik.com

Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198

www.schmerzklinik.com

hier. Von fehlenden Toiletten oder zu schweren Lasten ist nicht die Rede. „Bei uns sind rund 20 Prozent der Auszubildenden in den technischen Berufen weiblich“, sagt Meike Groh, 42 Jahre, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Aus- und Weiterbildung. Damit liege Ford im Vergleich mit anderen Unternehmen „weit vorn“. Die Ausbildung findet in Gruppen statt. Ford achte bei der Zusammenstellung darauf, „dass die Mädchen zumindest zu zweit sind“, sagt Groh. „Von den gemischten Ausbildungsgruppen profitieren alle“, unterstreicht Ahmet Billor, 42 Jahre, bei Ford Ausbilder im Bereich Elektronik. „Es ist deutlich zu erkennen, dass Jungs in diesen Gruppen beispielsweise Umgangsformen selbstverständlicher einhalten als wenn sie unter sich sind.“ Außerdem bietet Ford zu Beginn der Berufsausbildung ein eintägiges „Selbstbehauptungstraining“ an. „Das tut auch Jungen gut, die schüchtern sind“, erklärt Groh.

Wenn junge Männer eine Berufsausbildung als Kosmetiker machen, sind sie meist noch die einzigen unter lauter jungen Frauen. Das muss nicht so bleiben.

Foto: dpa

1999 startete Ford das Projekt „Frauen in technischen Berufen“ (FiT). Doch ob Girls‘Day, der „Infotag Elektrotechnik“ für Mädchen oder die „Werkstatt Metall & Schmuck ab Klasse 7“ – all das zeige wenig Wirkung, so Groh, wenn Lehrkräfte nicht mitziehen (s. S. 19 f.). Fehle deren Unterstützung, „dann können wir noch so viel Berufsorientierung anbieten, wir erreichen die Mädchen kaum noch“.

Auch die Haltung der Eltern spielt eine wichtige Rolle. In der Ford-Lehrwerkstatt treffen wir Nida, 18 Jahre, angehende Elektronikerin für Betriebstechnik. „Mein Vater ist auch bei Ford“, sagt Nida. Er habe ihr vorgeschlagen, ein einwöchiges Praktikum im Werk zu machen. Ihre Mutter habe sich anfangs gefragt, „ob ich hier untergehe“, erzählt Nida. Mittlerweile wisse sie, „dass es keine Probleme gibt“. Tugce ist 22 und lernt bei Ford Zerspanungsmechanikerin. Sie erzählt: Ihre Eltern seien stolz, „weil ich es als erstes Mädchen in der Familie geschafft habe, in einen technischen Beruf einzusteigen“.

Nicht alle Schülerinnen erfahren zuhause so viel Verständnis. Es gebe „Mädchen mit Migrationshintergrund, die Kopftuch tragen“ und die beim Girls‘Day „mit leuchtenden Augen“ Maschinen bedienten. Doch wenn sie einen technischen Beruf lernen wollten, „wird das von den Eltern verboten – weil da zu viele Jungs im Betrieb sind“. Das berichtet der Leiter eines Ausbildungsbetriebes, der anonym bleiben will.

Zurück nach Krefeld, zum „Berufskolleg Vera Beckers“. Das Bemühen der Schule, gendersensibel auszubilden, kommt auch jungen Männern zugute. Zum Beispiel Nick, 16 Jahre alt. Am Berufskolleg macht er eine dreijährige Ausbildung zum staatlich geprüften Kosmetiker – als einziger Junge unter 18 jungen Frauen. Das sei eine „entspannte Gruppe“, versichert Nick. „Ich verstehe mich mit allen.“ Wie er auf diesen Beruf gekommen sei? Durch einen Info-Abend des Berufskollegs, angeboten an seiner Realschule, antwortet der junge Mann. Zunächst habe ihn „der dekorative Bereich“ des Kosmetiker-Handwerks angesprochen. Jetzt gefielen ihm auch „die manuelle Gesichtsbehandlung“ und die „Ganzkörperbehandlung“. Und dass man eine Beziehung zum Kunden aufbauen muss, ehe die Behandlung beginne. „Mich erfüllt das.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Jungs in „Frauenberufen“

„SOZIAL for you. Jungs in sozialen Berufen.“ Unter dieser Überschrift erzählen junge Männer, warum sie einen „Frauenberuf“ gewählt haben – und nun Altenpflegehelfer, Physiotherapeut oder pharmazeutisch-technischer Assistent werden. Nachzulesen in Teil zwei eines kostenlosen Online-Magazins, das mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit (BA) erscheint. Teil eins richtet sich an Mädchen und trägt den Titel „MINT for you. Mädchen in MINT-Berufen“ (MINT – Kurzform für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Auf das Online-Magazin verweist www.klischee-frei.de, ein Internetportal, das sich an alle am Berufswahlprozess Beteiligten richtet: an Erzieherinnen und Erzieher in der Kita, Lehrkräfte, Frauen und Männer in der Berufsberatung, Eltern sowie Verantwortliche in Hochschule und Unternehmen. Das Portal bietet Faktenblätter, Arbeitsmaterialien, Veranstaltungstipps und zahlreiche Beispiele für „Gute Praxis“. www.klischee-frei.de ist ein Angebot der „Nationalen Kooperationen zur Berufs- und Studienwahl frei von Geschlechterklischees“ (s. S. 16 f.). M. H.-L.

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Stereotype aufbrechen

// Girls‘- und Boys‘Days sind initiiert worden, damit Mädchen und Jungen bei der Berufswahl von Rollenklischees und Geschlechterstereotypen wegkommen. Zu idealistisch gedacht? //

Jedes Jahr im April schwirren die Achtklässler der Felix-Fechenbach-Gesamtschule im nordrhein-westfälischen Leopoldshöhe in Betriebe und Einrichtungen der Region. Es ist Girls‘- und Boys‘Day, der ist für die 8. Klassen Pflicht: Zeit für einen Rollentausch. Wie ist der Alltag in einem Beruf, der für das eigene Geschlecht untypisch ist? Viele machen überraschende Erfahrungen. Da sind Jungs, die stolz erzählen, wie ihnen die Kita-Kinder von früh bis spät am Bein hingen. Da sind Mädchen, die schwärmen, wie viel Spaß das Bauen, Sägen, Schrauben in der Tischlerei gemacht habe. „Danach schauen Schülerinnen und Schüler mit einem ganz anderen Blick auf die Berufe“, sagt Rave, Abteilungsleiterin für die Jahrgänge 8 bis 10. Jungs merkten: Auch Frauenberufe sind anstrengend und können befriedigend sein. Ein Job als Altenpfleger kostet nicht weniger Schweiß als das Anpacken in der Autowerkstatt. Mädchen entdeckten: Auch Technik kann kreativ und vielfältig sein. Rave: „Für einen Einblick in das breite Spektrum der Berufe ist der Girls‘- und Boys‘Day genau richtig.“

Seit 2001 gibt es den bundesweiten Girls‘Day, den das Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit in Bielefeld koordiniert. 2011 kam der Boys‘Day dazu. Jedes Jahr im April laden bundesweit Unternehmen und Institutionen Mädchen und Jungen ab der 5. Klasse einen Tag lang zum Praktikum ein, damit sie jene Berufsfelder kennenlernen, in denen nach wie vor das andere Geschlecht dominiert. Jungen schnuppern in pflegerisch-erzieherische Berufe rein, Mädchen in technisch-naturwissenschaftliche. Lore Funk vom Kompetenzzentrum: „Wir wollen Mädchen und Jungen ermutigen, ihre Berufswahl jenseits der Geschlechterklischees zu treffen.“

Die Resonanz kann sich sehen lassen. 2016 nahmen rund 100 000 Mädchen am Girls‘Day teil, 30 000 Jungen machten beim Boys‘Day mit. Erstmals wurden vergangenes Jahr gut 5 200 Teilnehmende vor- und nachher befragt, um die Wirkung des Aktionstages zu überprüfen. Mehr als 50 Prozent der befragten Mädchen gaben nachher einen Wunschberuf an, in dem Frauen bisher eher selten arbeiten. Das sind 18 Prozent mehr als vor dem Tagespraktikum. Bei den Jungen nannten 43 Prozent geschlechtsuntypische Berufe, ein Plus von 14 Prozent.

Und tatsächlich entscheiden sich langsam mehr Mädchen für technische Ausbildungs- und Studiengänge, mehr Jungen für sozial-pflegerische. So stieg der Anteil der Studienanfängerinnen in den Ingenieurswissenschaften von 2012 bis 2015 von 23 auf 24,6 Prozent, der Männeranteil bei der Erzieherausbildung kletterte im gleichen Zeitraum von 16,8 auf 18,6 Prozent. Gleichwohl: Die Top-Ten-Liste der Berufsziele führt bei Mädchen immer noch die Bürokauffrau an, bei den Jungen der Kfz-Mechatroniker: Geschlechterstereotype wirken nach wie vor (s. S. 2 und S. 6 ff.).

Umso wichtiger ist es nach Einschätzung von Kompetenzzentrums-Expertin Funk, dass der Aktionstag an den Schulen gut vor-

Gendersensibel vorbereiten

Gendersensible Berufsorientierung ist vielen Lehrkräften ein wenig vertrautes Feld. Deshalb hat das Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit (s. S. 19 f.) auf seiner Website eine Fülle von Materialien gesammelt, die Pädagoginnen und Pädagogen den Unterricht rund um das Themenfeld Berufsfindung jenseits von Geschlechterklischees erleichtern: Hefte über Chancen in MINT-Berufen, Broschüren mit persönlichen Erfahrungsberichten, DVDs und Spiele zur gendersensiblen Lebensführung. Zudem gibt es Unterrichtsmaterialien zur Vor- und Nachbereitung des Girls'- und Boys'Days, die über Hintergründe und Ziele des Aktionstags informieren, den Besuch in Unternehmen vorbereiten helfen und Argumente für die Teilnahme am Aktionstag kurz und knapp zusammenstellen. Zum Download, teilweise auch zum Bestellen unter: http://material.kompetenzz.net A.D.

und nachbereitet wird und Lehrkräfte genderspezifische Aspekte von Berufs- und Lebensentwürfen im Unterricht kritisch reflektieren. Nach einer Umfrage bei unter 500 Teilnehmerschulen macht das bereits jede zweite Schule. 44 Prozent haben das Thema gendersensible Berufsorientierung in ihrem Schulprofil verankert (s. S. 16 f.).

An der Felix-Fechenbach-Gesamtschule etwa wird der Girls'- und Boys'Day unter anderem in den Fächern Gesellschafts- und Wirtschaftslehre intensiv vor- und nachbereitet. Dazu gehören Diskussionen über typische Frauen- und Männerberufe genauso wie der Erfahrungsaustausch über den Praxistag im April. Pädagogin Rave: „Es ist wichtig, das Thema kontinuierlich aufzugreifen." Georg Busch, Koordinator für Berufsorientierung (BO) an der Pfingstbergschule in Mannheim, sieht das ähnlich. An der ehemaligen Hauptschule ist ein Praktikum pro Schuljahr Pflicht, manchmal sogar zwei – und seit drei Jahren der Girls'- und Boys'Day. Busch: „Gerade Jungen, die bei einem Kfz-Mechatroniker-Praktikum gesehen haben wie viel Arbeit das ist und wie gering der Verdienst ausfällt, schnuppern beim Boys'Day gerne mal in Büro, Kita oder Pflege rein."

Den Rollentausch wagen

Immer wieder beobachtet Busch: Viele Jugendliche sind beeindruckt, wie interessant die geschlechtsuntypischen Berufsfelder sind. In der „falschen Rolle" fühle sich kaum einer. „Das Kichern hat spürbar abgenommen, wenn Schülerinnen und Schüler den Rollentausch wagen", sagt Busch. Zudem: Wann sonst haben Kids schon in der 5. bis 7. Klasse so unkompliziert Gelegenheit, einen Tag lang in die Betriebe zu schauen? „Gerade die Erfahrungen in den unteren Klassen legen die Basis, um in Klasse 9 in einem längeren Praktikum mal den Blick über die Geschlechtergrenzen zu werfen."

Uwe Schramm dagegen ist skeptisch. Er leitet das Berliner Primo-Levi-Gymnasium, eine Schule mit MINT-Schwerpunkt. Oft sei der Girls'- und Boys'Day nur „eine plakative Einzelaktion" und als eine intensive pädagogische Begleitung im ohnehin schon vollen Schulalltag wenig realistisch. Im Schnitt besuchten zehn Prozent seiner Schülerinnen und Schüler den Aktionstag – auf eigene Initiative. Von einem getrennten Angebot für jedes Geschlecht hält Schramm ohnehin wenig. „Wichtiger ist, Mädchen im gemeinsamen Unterricht zu signalisieren: Ihr seid in den MINT-Fächern genauso gut wie die Jungen", betont Schramm. Andere Lehrende beurteilen den Aktionstag ebenfalls kritisch. Wie jene Gymnasiallehrerin in Baden-Württemberg, die namentlich nicht genannt werden will. Seit drei Jahren für die Berufsorientierung zuständig, trommelt sie für allgemeine Betriebspraktika und den Girls'- und Boys'Day – mit mäßigem Erfolg. „Zum einen fehlt den Schülerinnen und Schülern das Bewusstsein für Genderprobleme", berichtet die Lehrerin. „Sie sehen Gleichberechtigung als umgesetzt an und fragen: Was brauchen wir solche Tage noch?" Dass sie oft selbst traditionellen Geschlechterbildern folgen, wenn sie sich beispielsweise über Jungen mit Lust auf „Mädchenberufe" lustig machen, sei den meisten nicht bewusst. Leider, kritisiert die Pädagogin, fehle es an Kolleginnen und Kollegen, die solche Widersprüche im Unterricht thematisieren. Zum anderen setzten sich nur wenige Lehrkräfte aktiv für den Girls'- und Boys'Day ein. Im vollgepackten Schulalltag stehe das Projekt nur selten ganz oben auf der Prioritätenliste des Kollegiums. Ohnehin: „Wenn der Girls'- und Boys'Day nicht strukturell in der Schule verankert und im Idealfall verpflichtend ist, verpufft die Wirkung schnell."

Anja Dilk,
freier Journalistin

Mehr Infos unter: www.kompetenzz.de

„Primat der Pädagogik gilt auch in der digitalen Bildung“

// **Für viele Schulen sind digitale Medien längst Teil des Alltags. Dennoch klagen Lehrkräfte über fehlende Ausstattung und ungleiche Versorgung. Digitalisierung war eines der Kernthemen auf dem Kongress „Bildung. Weiter denken!“ von DGB und GEW Nordrhein-Westfalen, der Anfang März in Bochum stattgefunden hat (s. auch E&W-Schwerpunktheft 10/2015).** //

Beim Thema Digitalisierung zeigen sich die Folgen des Bildungsföderalismus besonders deutlich. Zwar hinken Deutschlands Schulen bei der IT-Ausstattung im internationalen Vergleich insgesamt hinterher. Aber es gibt große Unterschiede – je nach Bundesland und Schulträger. Während die eine Schule bereits mit personalisierten Tablets und digitalen Tafeln arbeitet, müssen sich anderswo 30 Schülerinnen und Schüler zwei Rechner in einem veralteten Computerraum teilen. Und während die eine Schule erfolgreich um Sponsoren wirbt, bettelt die andere vergeblich um Zuschüsse. Deshalb trieb viele Pädagoginnen und Pädagogen die Frage um:

Foto: Bochumer Kongress

Die Bremer Bildungssenatorin Claudia Bogedan in Bochum. Die SPD-Politikerin will der Digitalisierung den Schrecken nehmen.

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen
Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW 2 % Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Neue GEW-Strategie

Mit dem Bochumer Memorandum hatte die GEW vor mehr als zwölf Jahren eine Debatte über bessere Bildung in Nordrhein-Westfalen (NRW) angestoßen. Mit Hilfe von zehn Leistungsindikatoren formulierte sie Ziele. Auf dem Bildungskongress Anfang März in Bochum zog die GEW nun ein Fazit. Herausgekommen ist nach Angaben der Vorsitzenden der GEW NRW, Dorothea Schäfer, eine „Bilanz mit Licht- und Schattenseiten“. Positiv entwickelt habe sich, dass weniger Kinder sitzenbleiben und es mehr Schülerinnen und Schüler gibt, die mindestens einen mittleren Abschluss erreichen. Gestiegen sei auch der Anteil von Mädchen und Jungen aus Migrantenfamilien am Gymnasium. Außerdem gebe es mehr Geld für die Weiterbildung, hält Schäfer fest.

„Die Richtung stimmt, aber nicht alle Ziele wurden erreicht“, fasste der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Andreas Meyer-Lauber die Bilanz zusammen. Das zeige sich unter anderem bei der Inklusion: Zwar gebe es heute mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an allgemeinen Schulen unterrichtet werden. Allerdings reichten die Ressourcen bei weitem nicht aus, konstatierte Meyer-Lauber.

Eine weitere Dauer-Baustelle der Bildungspolitik benannte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe: den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Tepe kündigte gemeinsam mit der GEW NRW die neue Strategie „Ungleiches ungleich behandeln“* an. „Wir können nicht länger Geld mit der Gießkanne verteilen“, unterstrich Tepe. Stattdessen fordert die Bildungsgewerkschaft, Standortfaktoren einzelner Schulen stärker zu berücksichtigen als bisher. Zwar gebe es, so die GEW-Chefin, in NRW den sogenannten Sozialindex. Der orientiere sich aber nur an sozialen Belastungen der Landkreise und kreisfreien Städte – nicht aber am Bedarf der einzelnen Schule.

K.I.

***Gerd Möller/Gabriele Bellenberg: „Ungleiches ungleich behandeln. Standortfaktoren berücksichtigen – Bildungsgerechtigkeit erhöhen – Bildungsarmut bekämpfen“.**
Mehr Infos unter: www.gew-nrw.de

Verschärft Digitalisierung die soziale Spaltung?

Die Bremer Bildungssenatorin Claudia Bogedan sieht diese Gefahr nicht, sofern Schulen und Kultusminister die richtigen Rahmenbedingungen schafften. Seitdem sie vor zwei Jahren Bildungssenatorin wurde, versucht die SPD-Politikerin, der Digitalisierung den Schrecken zu nehmen. „Gesellschaft und Arbeitswelt ändern sich rasant, deshalb brauchen wir den digital mündigen Bürger“, sagte Bogedan während der Bildungstagung. Die Schulen, so ihr Credo, könnten dafür den entscheidenden Beitrag leisten.

Als Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK) warb Bogedan im vergangenen Jahr für eine neue Digitalstrategie. Danach soll jede Schülerin, jeder Schüler bis zum Jahr 2021 auf eine digitale Lernumgebung zugreifen können. Heißt übersetzt: Jede Schule muss einen leistungsfähigen Internetanschluss haben.

Freier Netzzugang für alle

Für viele Schulen wäre allein schon das ein Traum, wie die Bildungssenatorin einräumte: „Schulen haben immer noch Probleme, ans Breitband angeschlossen zu werden. Wir brauchen aber einen freien Internetzugang für alle mit einem hohen Datenvolumen.“ Das Problem hat mittlerweile auch der Bund erkannt, der in den kommenden Jahren laut Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) fünf Milliarden Euro über den sogenannten Digital-Pakt investieren will.

Doch viele Lehrkräfte misstrauen den Ankündigungen aus Bund und Ländern. Ein Realschullehrer aus dem nordrhein-westfälischen Velbert etwa hat wenig Hoffnung, dass sich an seiner Schule bis 2021 wirklich etwas tut: „Bei uns teilen sich 34 Lehrkräfte vier alte Computer. Unsere Kommune hat kein Geld, das zu ändern.“ Ein Kollege, der sich selbst als technik-affin bezeichnet, malte in Bochum ein ähnlich düsteres Bild der Schulrealität: „Wir haben digitale Tafeln, die aber meist nicht funktionieren, weil niemand sie wartet. Meine Kolleginnen und Kollegen holen jetzt die alten Overhead-Projektoren wieder raus, weil die zuverlässig funktionieren.“

Bei der Debatte wird schnell klar, dass eine Mischung aus persönlicher Abneigung, realen technischen Problemen und mangelhafter Finanzierung Digitalisierung ausbremst. Aber deutlich wird auch: Lehrerinnen und Lehrern geht es nicht nur um Technik und Hardware, sondern um die zentrale Frage, ob und wie digitale Bildung das Lernen unterstützt – und wie soziale Ungleichheit vermieden werden kann. Hier sind die Bedenken nach wie vor groß. „Ich bin gegen gesponserte iPad-Klassen. Wir brauchen eine einheitliche digitale Lernumgebung für alle, sonst verstärkt sich die soziale Spaltung“, warnte ein Lehrer auf dem Kongress. Andere Kolleginnen und Kollegen kritisierten, private Unternehmen erhielten durch IT-Sponsoring immer mehr Einfluss in den Schulen. Auch die Strategie „Bring your own device“, also das Nutzen privater Geräte im Unterricht, stößt auf wenig Gegenliebe unter den GEW-Mitgliedern. „Bund und Länder sind hier in der Pflicht“, so argumentieren die meisten: „Sie müssen finanzieren und einheitliche Rahmenbedingungen schaffen.“

Zumindest in einem Punkt scheinen sich Lehrkräfte und Politik indes einig zu sein, nämlich dass das Lernen mit digitalen Medien „kein Selbstzweck sein darf“, wie kürzlich GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann betonte. Bildungssenatorin Claudia Bogedan formulierte es so: „Das Primat der Pädagogik gilt auch für die digitale Bildung.“

Katja Irle,
freie Journalistin

Dialog

4/2017

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Rente planen, aber wie? Seite 1

Kommentar
Rentenniveau anheben Seite 2

Beispielfälle
Die Teilzeitstudienrätin
Der Späteinsteiger Seite 2
Die Erzieherin Seite 3

Interview
Drei bis vier für das deutsche Rentensystem Seite 4

Rente planen, aber wie?

// Wenn die Zeit der Rente näherkommt, gibt es einiges zu planen. Wann kann ich in Rente gehen? Mit welchen Abschlägen muss ich rechnen, wenn ich früher aufhören möchte, als es der Gesetzgeber vorsieht? Was, wenn ich nach der Regelaltersgrenze weiterarbeiten möchte? Was kann ich mit über 50 Jahren noch tun, wenn meine Rente zu niedrig ist? Mit solchen Fragen sollten sich Menschen beschäftigen, die am Übergang vom Berufsleben zur Rente stehen, damit sie die richtigen Entscheidungen für ihre dritte Lebensphase treffen. Dazu bedarf es einer gründlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenssituation. Drei fiktive Fälle, die Anregungen geben sollen (s. auch E&W-Schwerpunkt Rente 11/2016). //

Rentenniveau anheben

FRAUKE GÜTZKOW

Foto: Kay Herschelmann

// GEW-Kommentar //

Wo gibt es sie noch, die Eckrentner mit 45 Beschäftigungsjahren? Unkonventionelle Erwerbsverläufe nehmen zu – auch im Bildungsbereich. Menschen, die lange freiberuflich arbeiten und erst spät eine feste Stelle finden. Andere, die ihre Berufstätigkeit den Familienaufgaben unterordnen und in Teilzeit arbeiten. Wieder andere, die solidarisch reduzieren, um Entlassungen zu verhindern. Oder jene, die dauerhaft prekär beschäftigt sind. Auf diese Entwicklung muss die Rentenpolitik dringend Antworten geben (s. E&W-Rentenschwerpunkt 11/2016).

Das heißt grundsätzlich: Wir müssen die gesetzliche Rente stärken. Sie ist das Kernstück unseres Sozialstaates. Sie ist unerlässlich, um Altersarmut zu vermeiden. In vielen Berufsgruppen reicht das Geld für die private Vorsorge nicht. Und nur wenige kommen in den Genuss einer Betriebsrente. Deshalb muss Politik das Rentenniveau wieder auf 50 Prozent des Durchschnittsentgelts anheben. Derzeit sind es gerade mal 43 Prozent.

Die Forderungen der GEW für den 28. Gewerkschaftstag Anfang Mai in Freiburg sind unmissverständlich: Wir brauchen ein Rentensystem, das vor Armut schützt. Das Soloselbstständige und prekär Beschäftigte besser absichert. Das die typischen, diskontinuierlichen Frauenbiografien stärker berücksichtigt und endlich ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West garantiert. Das den Wert von Bildung anerkennt, indem Bildungszeiten wieder im Rentenrecht verankert werden. Wer in eine längere Ausbildung investiert, den darf man dafür in der Rente nicht bestrafen. Bildungszeiten bis zu sechs Jahren müssen später genauso zu Buche schlagen wie Erziehungszeiten. Denn Bildung erhöht Produktivität und Erwerbsbeteiligung und kommt so dem gesamten Solidarsystem zugute.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik

Die Teilzeitstudienrätin

// Ingrid Pors, 60, Gymnasiallehrerin, Englisch und Französisch, Karlsruhe //

Wenn Kinder kommen, trete ich beruflich kürzer – das war für Ingrid Pors selbstverständlich. So kannte sie es von ihrer Mutter. Und welche andere Möglichkeit hat sie auch, als sie noch während des Studiums schwanger wird?

Nach dem Abschluss 1985 nimmt Pors eine Teilzeitstelle an. Mehr als zehn Unterrichtsstunden sind nicht drin, gerade bei ihren Fächern mit hohem Korrekturaufwand. Dass sie mit weniger als zwölf Unterrichtsstunden keinen Anspruch auf Verbeamtung hat, nimmt sie in Kauf. Aufstocken geht nicht, denn inzwischen, mit Mitte 30, ist Pors Mutter von drei Kindern. „An die Folgen für die Rente habe ich damals nicht gedacht“, sagt sie heute. Auch weil sie sich sicher fühlt als Frau eines Arztes mit gut laufender Praxis.

Doch mit Ende 40 geht die Ehe in die Brüche, die Rentenansprüche aus dem Versorgungsausgleich sind minimal. Ihr Mann hat in jungen Jahren alles Geld in seine Arztpraxis gepumpt, die Beiträge in das Versorgungswerk schienen zweitranging. Nach der Scheidung bleibt Pors nichts anderes übrig: Sie muss auf Vollzeit gehen.

Heute ist Pors 60. Die Vollzeit schlaucht. Auch Yoga, mit dem sie seit Jahren gegen den Stress angeht, hilft kaum noch. Am liebsten würde sie ihren Job schon in drei Jahren an den Nagel hängen. Nach 35 Jahren Versicherungszeit steht ihr als „langjährig Versicherte“ diese Möglichkeit offen. Aber dann hat sie weniger auf dem Konto als ihr lieb ist. Für jeden Monat, den sie vor der gesetzlichen Altersgrenze aufhört, muss sie 0,3 Prozent Abschlag auf die gesamte Rente hinnehmen. Zudem zahlt die Lehrerin so kürzer in die Rentenversicherung ein – unter dem Strich bedeutet das bei ihrem Gehalt etwa 90 Euro weniger – bis zum Lebensende. Will sie darauf verzichten? Zumal die Beiträge für ihre private Krankenversicherung in den nächsten Jahren steigen werden, die Rentenkasse übernimmt davon nur einen Anteil in Höhe des gesetzlichen Satzes.

Zum Glück hat die Pädagogin einige Rücklagen und eine Idee. Sie wird eine Ausbildung zur Yogalehrerin machen und noch ein paar Jahre Kurse geben. Das bringt ihr 450 Euro zusätzlich, ein steuerfreier Minijob.

Später kann sie auf ihr Erspartes zurückgreifen. Mit 65 werden 40 000 Euro aus einer Lebensversicherung fällig, 80 000 Euro brachte ihr der Verkauf ihres Elternhauses, dessen Ertrag sie sich mit den drei Geschwistern geteilt hat. Die Verbraucherzentrale rät ihr, das Geld entweder steuerfrei in eine Sofortrente zu investieren, das bringt bei den niedrigen Zinsen derzeit etwa 300 Euro monatlich. Oder die 120 000 Euro einfach zu verbrauchen. Wenn sie 300 Euro im Monat davon abknapst, reicht das Geld 33 Jahre lang. Dann wäre Pors 96. Stirbt sie jünger, fällt der Rest an ihre Kinder. Das Geld in der Sofortrente hingegen wäre nicht vererbbar.

Foto: zplusz

Der Späteinsteiger

// Peter Bormann, 63, Gesamtschullehrer, Kunst und Deutsch, Köln //

Der Gedanke, dass es mit der Rente mal eng werden könnte, begleitet Peter Bormann schon sein Leben lang. 1984, als der hochschulpolitisch engagierte Student endlich sein zweites Staatsexamen in der Tasche hat, ist an einen festen Job als Lehrer nicht zu denken. Nie wurden in Westdeutschland weniger Lehrkräfte eingestellt als in diesem Jahr. Bormann schlägt sich als freiberuflicher Trainer durch, unterrichtet Deutsch als Fremdsprache an der Volkshochschule, gibt Kurse für Aquarellmalerei und kreatives Schreiben. Es reicht fürs Leben, aber nicht für die Rente. Gerade mal 150 Euro im Monat werden ihm die Pflichtbeiträge aus seiner Zeit als Honorarlehrkraft mal bringen.

1999, da ist Bormann schon 45, fasst er als Vertretungslehrer an einer Gesamtschule am Stadtrand Fuß. Als in den Nullerjahren Lehrkräfte plötzlich wieder händeringend gesucht werden, bietet ihm die Schulleitung eine unbefristete Vollzeitstelle. Heute verdient er als Angestellter der Entgeltgruppe 13, Stufe 5, 5 076 Euro brutto, 2 800 Euro netto. Reicht das für die Rente, wenn er im Juli 2020 die gesetzliche Regelaltersgrenze erreicht?

Bormann holt sich Rat bei der Auskunfts- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung. Ergebnis: In seinen 20 Berufsjahren als Vollzeitlehrer hat er sich 850 Euro Rente pro Monat erarbeitet, hinzu kommen 320 Euro aus der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (VBL*) und etwa 150 Euro aus seiner selbstständigen Zeit, macht summa summarum 1 320 Euro. Zu wenig, findet Bormann, in einer Stadt wie Köln mit ihren hohen Mieten. Bormann fasst einen Entschluss: „Ich will länger arbeiten." Sein Ziel sind mindestens 1 500 Euro Rente monatlich. Der Experte bei der Rentenberatungsstelle rechnet ihm aus: ein Jahr länger arbeiten gleich 42 Euro Rente plus 16 Euro VBL. Hinzu kommen 0,5 Prozent Zuschlag für jeden Monat, den er später in Rente geht, macht 60 Euro. Pro Arbeitsjahr ist das ein Rentenplus von etwa 120 Euro. Nach zwei Jahren hätte Bormann also 1 560 Euro Rente im Monat sicher.

Nach einem Gespräch mit seiner GEW-Landesrechtsschutzstelle weiß er auch, wie er seinen Plan praktisch anpacken kann: Er muss sich selbst um einen neuen Arbeitsvertrag kümmern. Also erstens mit dem Schulleiter abklären: Gibt es Bedarf? Zweitens die Verlängerung bei der Personalstelle beantragen, in seinem Fall bei der Bezirksregierung Köln. Drittens mit dem Personalrat sprechen, denn der muss der Weiterbeschäftigung zustimmen. Zweifel hat Bormann nicht: „Ich bin fit, der Job macht mir Spaß, da sind zwei Jahre mehr locker drin."

***Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder**

Gemeinsam für das Alter vorsorgen.

Die Erzieherin

// Anke Henning, 58, Erzieherin in einer Kita, Greifswald //

Anke Henning hat so etwas wie eine „Normalerwerbsbiografie" hinter sich. Gleich nach der Fachschule, mit 20, ab in den Beruf. Vollzeit ohne Pause. Seit 38 Jahren. Fehlen nur noch sieben bis zur Regelaltersgrenze. Alles gut also? Von wegen. Denn Anke Henning kommt aus Mecklenburg-Vorpommern. Wie in allen ostdeutschen Bundesländern erstritten dort in den 1990er-Jahren Beschäftigte und Gewerkschaften „Sozialtarifverträge". Diese schrieben eine kollektive Arbeitszeitverkürzung fest, um weitere Entlassungen in den krisengeschüttelten Regionen der ehemaligen DDR zu verhindern.

Für Hennings Rente wird das zum Stolperstein: Die 21 Jahre Soli-Teilzeit haben Löcher in die Höhe ihrer Rentenbeiträge geschlagen. Rententechnisch kann von einer Normalerwerbsbiografie keine Rede sein. Henning: „Wir haben gemeinsam erkämpft, dass keiner entlassen werden muss. Heute

>> Fortsetzung auf Seite 4 Dialog

Rentensystem: drei bis vier

// Ein Gespräch über das Rentensystem mit Alfred Spieler, bis 2016 Referent für Sozialpolitik beim Bundesverband der Volkssolidarität, den der Ruheständler weiter in punkto Rentenpolitik berät. //

E&W: Herr Spieler, wie gerecht ist das aktuelle Rentensystem?

Alfred Spieler: Wenn ich es mit einer Schulnote bewerten müsste: drei bis vier. Positiv ist, dass die Regierungskoalition nach Jahren permanenter Verschlechterung jetzt einige Fortschritte auf den Weg gebracht hat. Dazu gehören die Verbesserungen bei Kindererziehungszeiten und Erwerbsminderungsrenten. Aber das Grundproblem ist nicht gelöst, weil die Renten hinter der Lohnentwicklung zurückbleiben. Die private Altersvorsorge kann diese Einbußen nicht kompensieren.

E&W: Die Regierungskoalition hat die Angleichung der Renten in Ost und West bis zum Jahr 2025 beschlossen. Wie bewerten sie das?

Spieler: Das ist grundsätzlich positiv. Wir haben mit der GEW im „Ostrentenbündnis“ lange für dieses Ziel gekämpft. Aber es hätte schon viel früher umgesetzt werden müssen. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag hatte vorgesehen, dass die Angleichung mit dem Auslaufen des Solidarpakts-II Ende 2019 kommt. Die erneute Verschiebung auf 2025 ist nicht akzeptabel. Zudem kritisiere ich die Finanzierung.

E&W: Zunächst soll die Rentenversicherung selbst zahlen, danach gibt es Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Warum passt Ihnen das Modell nicht?

Spieler: Die Rentenversicherung muss für die Angleichung 14,8 Milliarden Euro zahlen, bevor der Bundeszuschuss ab 2022 einsetzt. Das ist falsch.

E&W: Sie sind dafür, dass der Bund, sprich der Steuerzahler, alles zahlt – ist das gerecht?

Foto: Tilo Gräser

Alfred Spieler, Rentenexperte

Spieler: Es geht bei der Frage der Anpassung zwischen Ost und West nicht allein um reines Rentenrecht. Es geht vielmehr um die Vollendung der deutschen Einheit im sozialen Bereich. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Interview: Katja Irle,
freie Journalistin

Zum Nachschauen

- Mit den Online-Rechnern der Deutschen Rentenversicherung (DRV) lassen sich Rentenbeginn, Rentenhöhe und Rentenarten errechnen: bit.ly/rentenVS1
- Die DRV-Broschüre „Die richtige Altersrente für Sie“ informiert umfassend über Entgeltpunkte, Abschläge, Teilrenten, Rente nach Arbeitslosigkeit und Hinzuverdienst: bit.ly/rentenVS2
- Das DRV-Büchlein „Rente: So wird sie berechnet“ erläutert Rentenberechnung, Anpassung, Rendite der Beiträge und Versicherung: bit.ly/rente-ber

>> **Fortsetzung von Seite 3 Dialog**

bluten wir dafür gemeinsam.“ Henning wirft einen Blick in den Rentenrechner der Deutschen Rentenversicherung: Am 1. August 2022 könnte sie frühestens aufhören. Henning schüttelt den Kopf. Ausgeschlossen. Denn dann würden von ihren 1 000 Euro Rente 11,4 Prozent Abschläge abgezogen. Die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst bringt ihr auch nur 150 Euro im Monat, weil man diese im Osten erst 1997 eingeführt hatte. Immerhin – bis 2025 soll der Rentenwert Ost an den im Westen angeglichen werden (s. E&W 1/2017). Dann hat die Erzieherin sechs Prozent mehr auf dem Konto. Trotzdem: Viel ist es nicht. Henning wird also bis zur Regelaltersgrenze weiterarbeiten. Auch weil sie als Alleinstehende finanziell auf sich gestellt ist. Es wurmt sie, dass ihre Schulfreunde, die sich für eine Ausbildung in einem Betrieb entschieden haben, nach 45 Jahren abschlagsfrei in die „Rente mit 63“ gehen können. Sie kann das nicht. Im Gegensatz zur dualen Ausbildung werden die Jahre an der Erzieherinnen-Fachschule nicht als Beitragszeiten gezählt. Wie oft hatte ihre GEW auf diese Ungerechtigkeit hingewiesen. Vergeblich.

Zwei Dinge machen Henning jetzt Sorgen: Erstens ihr Rücken, der sich nach einem Bandscheibenvorfall im Kita-Alltag immer wieder schmerzhaft meldet. Zweitens die neuen Steuerregelungen, die festlegen: Je später man geht, desto höher ist der steuerpflichtige Anteil der Rente.

Für den Rücken hat die Erzieherin schon eine Lösung im Kopf: Sie wird sich als Kita-Leiterin bewerben. Auf dem leergefegten Arbeitsmarkt hat sie auch mit Ende 50 gute Chancen. In punkto Steuern beruhigt sie ihr Nachbar, ein Steuerberater: Der steuerpflichtige Rentenanteil steige nur langsam. Außerdem könne sie von der zu versteuernden Rente nicht nur den Rentenfreibetrag, sondern auch sämtliche Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abziehen. Nur wenn der Rest über dem Grundfreibetrag liegt – 2017 sind das 8 652 Euro im Jahr –, müsse sie überhaupt Steuern zahlen.

Alle Fallbeispiele: Anja Dilk,
freie Journalistin

Taschenspielertrick

// Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für mehr Geld für den Bildungsbereich stark. Sie zeigt Wege auf, wie der Staat zusätzlich Geld einnehmen kann, um seine Bildungsinvestitionen aufzustocken: beispielsweise mit einer gerechteren Einkommenssteuerpolitik, die Arme entlastet und Reiche stärker in die Verantwortung nimmt. Für ein Steuerkonzept, wie es die GEW vorgelegt hat, brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Um diese zu gewinnen, müssen u. a. die Mythen der Steuerpolitik entzaubert werden. Dazu will E&W einen Beitrag leisten: Mit der April-Ausgabe setzt die Redaktion die Serie „Fakten contra Wirtschaftsmythen“ fort. //

Mythos

„Deutschland gibt für Bildung so viel Geld aus wie nie zuvor.“

Bei der Bildung ist es wie mit den Steuern: Mit nichtssagenden Rekorden wird stets aufs Neue Politik gemacht, die Wirklichkeit verzerrt. Unter der Dachzeile „Wieder Rekord“ schrieb die Wirtschaftswoche auf ihren Online-Seiten: „Bund, Länder und Gemeinden haben für das laufende Jahr 2016 so viel Geld für Bildung vorgesehen wie nie zuvor.“ – „Bildungsausgaben – Länder geben Rekordsumme aus“, stimmte das Handelsblatt in den Jubelchor ein. Wenig überraschend, dass Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) die Etatzahlen einfach nur „schön“ findet. So entsteht die Illusion, Deutschland sei auf dem Weg zur Bildungsrepublik und räume dieser zentralen Aufgabe – auch in finanzieller Hinsicht – oberste Priorität ein. Allerdings merken die Menschen in ihrem Alltag, dass dies nicht stimmen kann.

Zunächst ist es eine Selbstverständlichkeit, dass in einer Gesellschaft mit wachsender Wirtschaft und steigenden Preisen die Bildungsausgaben zunehmen. Deren absolute Höhe lässt keine Rückschlüsse auf die politische Schwerpunktsetzung zu. Dafür muss man sich anschauen, welchen Anteil Bildungsausgaben an der Wirtschaftsleistung eines Landes haben. Und da sieht es wenig rosig aus, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) feststellt. Gemäß der internationalen Abgrenzung gibt Deutschland 4,3 Prozent für seine Bildungseinrichtungen aus, der Durchschnitt der OECD-Staaten hingegen 5,2 Prozent, betont Andreas Schleicher, Direktor des OECD-Bildungsdirektorats. Bei der Vorstellung der Studie „Bildung auf einen Blick 2016“ wies er darauf hin, was hierzulande gerne verschwiegen wird: „Zwischen 2010 und 2013 sank der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt erstmals um fast fünf Prozent, im Wesentlichen weil die Wirtschaft in Deutschland stärker als die Bildungsausgaben wuchs.“ Für erhöhte Bildungsanstrengungen sprechen diese Fakten nicht, im Gegenteil. „Bildung wird also – betrachtet man die Gesellschaft als Ganzes – immer weiter entwertet, verhältnismäßig schlechter gestellt“, fasst GEW-Bildungsfinanzierungsexperte Ansgar Klinger zusammen.

Fakt

„Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist zwischen 2010 und 2013 um fast fünf Prozent gesunken.“

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

Verheerende Bilanz des Neoliberalismus

// Mit ihrer Studie zur Bildungsfinanzierung will sich die GEW in der öffentlichen Diskussion für mehr Geld für die Bildung stark machen. Der Wirtschaftsjournalist Markus Sievers stellt die Kernthesen der Untersuchung des Politologen Tobias Kaphegyi vor. Nach dem Aufschlag in der März-Ausgabe der E&W veröffentlicht die Redaktion hier den zweiten Beitrag von Markus Sievers. //

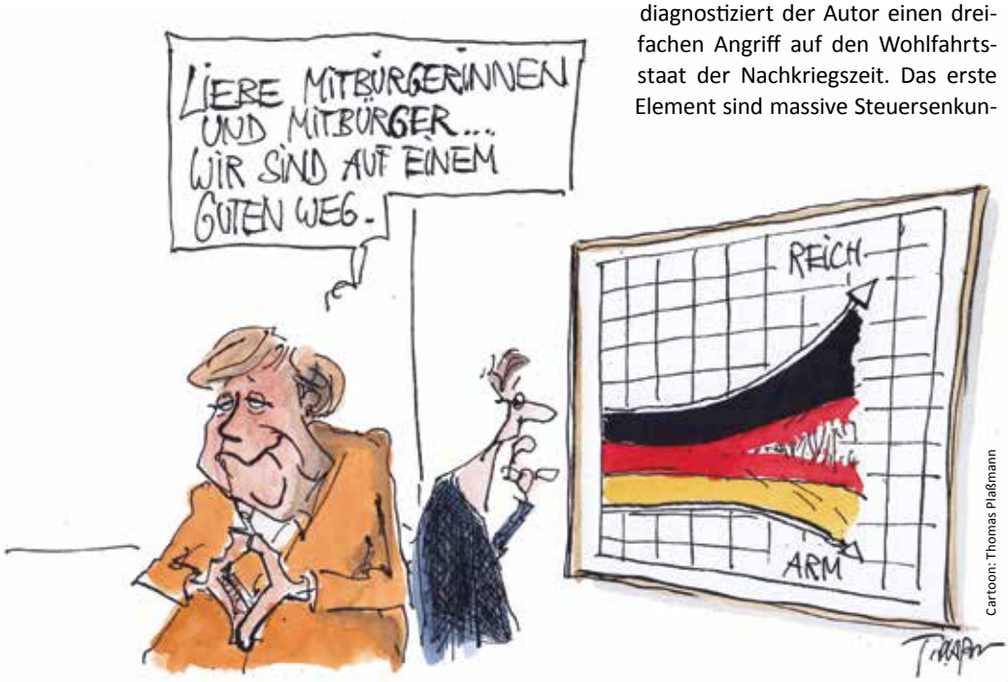
Wenn das kein Fortschritt ist: Die wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich hat es in die Köpfe der Mächtigen aus Politik und Wirtschaft geschafft. Auf ihren G20-Gipfeln beklagen die Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschaftsnationen die wachsende Ungleichheit. Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), fordert mehr sozialen Ausgleich. Bei ihrem Weltwirtschaftsforum in Davos warnen die Topmanager, dass die Ungleichheit die kommenden Jahrzehnte prägen könnte.

Dieser Sinneswandel zeigt, dass die Kritiker der neoliberalen Ära zunehmend Gehör finden. In seiner Studie „Bildung. Weiter denken!“ zieht der Politologe Tobias Kaphegyi eine vernichtende Bilanz dieser wirtschaftspolitischen Haltung, die vor vier Jahrzehnten ihren Siegeszug antrat. Kaphegyi arbeitet in seiner Untersuchung das demokratische Gegenkonzept der GEW von der unteilbaren demokratischen Vernunft heraus, das auf ein umfassendes Verständnis von Menschenrechten setzt und auf eine größere machtpolitische und ökonomische Gleichheit abstellt (s. E&W 3/2017). Doch genau dieser Ansatz sei in den vergangenen Jahrzehnten Stück für Stück zurückgedrängt worden, stellt Kaphegyi fest. Daher geht er der Frage nach, was die dominierende neoliberale Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik den Menschen gebracht hat. Er unterzieht die neoliberale Agenda also dem Realitätstest – und der fällt alles andere als gut aus.

Mit Blick auf die Arbeiten der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik diagnostiziert der Autor einen dreifachen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit. Das erste Element sind massive Steuersenkungen. Damit entzog die Politik erst Bund, Ländern und Gemeinden Milliarden, bevor sie mit dem Schlagwort vom Diktat der leeren Kassen den Sozialstaat beschnitt. In Deutschland folgte die rot-grüne Koalition von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) diesem Modell. Wie der Ökonom Achim Truger ausgerechnet hat, kosten die unter Schröder verabschiedeten Steuersenkungen allein die Bundesländer jährlich rund 50 Milliarden Euro. Dies sind im bundesdeutschen Föderalismus aber genau die Gebietskörperschaften, die für Bildung zuständig sind. Verschärft wurde dies durch die später ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse, die den Ländern von 2020 an jede Kreditaufnahme untersagt.

Als zweites Element des neoliberalen Angriffs in Deutschland identifiziert Kaphegyi die Privatisierung profitträchtiger staatlicher Bereiche. Als Beispiel nennt er den Schulbau über Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP). Die nicht profitträchtigen Teile des Wohlfahrtsstaates seien teilweise abgewickelt worden. So baute die Politik öffentliche Stellen ab, bis der Anteil der Arbeitsplätze in diesem Sektor an der Gesamtbeschäftigung auf das Niveau von Portugal oder der Türkei sank.

Als dritte Komponente führt Kaphegyi die Deregulierung am Arbeitsmarkt an. Über die Agenda 2010 baute die Politik in Deutschland einen riesigen Niedriglohnsektor auf und förderte die Prekarisierung der Arbeit – auch in der Bildung.



Cartoon: Thomas Plaßmann

Desaströse Wirkung

Die Wirkung der neoliberalen Epoche ist desaströs: Der Zusammenhalt in der Gesellschaft wird immer weiter unterminiert. Anfang 2017 sorgte der Paritätische Gesamtverband mit einer Studie für Aufsehen: Diese bescheinigte dem reichen, wirtschaftsstarken Deutschland eine Rekordarmut. Demnach stieg der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung mitten im Aufschwung auf

Bildung. Weiter denken!

15,7 Prozent. Damit setzte sich ein langer Negativtrend fort. Besonders betroffen: die Erwerbslosen. In dieser Gruppe sind laut Paritätischem Gesamtverband 59 Prozent arm. Bei den Alleinerziehenden liegt die Quote bei 44 Prozent, bei Familien mit vielen Kindern bei 25 Prozent. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) habe sich der Wohlstand real – also nach Abzug der Inflation – seit 1991 um mehr als ein Fünftel erhöht, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnete. Doch das Wachstum kam vor allem dem Zehntel an der Spitze der Gehaltsskala zugute. Deren verfügbare Einkommen stiegen um knapp 27 Prozent. Haushalte in der Mitte der Einkommensverteilung gewannen neun Prozent dazu. Die ärmsten zehn Prozent mussten dagegen einen Einkommensverlust von acht Prozent hinnehmen. Dazu stellt Kaphegyi fest: „Je stärker der Rückgang staatlicher Aktivität, desto stärker lässt sich auch heute also ein Anstieg von Armut und Ungleichheit beobachten – insbesondere seit den ‚Reformen‘ der Agenda 2010.“

Ungleichheit steigt

Eine ähnliche Verschärfung der Spaltung zwischen Arm und Reich stellen Wissenschaftler der renommierten Universitäten in Stanford und Harvard für die USA fest. Ihrer Studie gaben sie den Titel „The Fading American Dream“, der verblassende amerikanische Traum. Von den Kindern, die 1940 geboren wurden, hätten 92 Prozent mit 30 Jahren mehr verdient als ihre Eltern mit 30. Heute gelinge dies nur noch jedem Zweiten. All dies ist das Resultat einer Wirtschaftspolitik, die auf eine Liberalisierung aller Märkte einschließlich der Finanzmärkte, auf Deregulierung und Abbau des Sozialstaates setzt. Kaphegyi fasst das so zusammen: „Ausbleibende Staatsausgaben – vor allem im Bildungsbereich – gehen mit einer zunehmenden Ungleichheit einher.“ Und er weist darauf hin, dass die zunehmende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum mindere und Krisen provoziere. Traditionell gingen Ökonomen davon aus, dass die Wohlstandsunterschiede die Wirtschaft förderten, weil sie die Menschen motivierten, sich anzustrengen. Mittlerweile belegen Studien des IWF und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) laut Kaphegyi das Gegenteil. Ungleichheit ist demnach eine Wachstumsbremse, kein -motor. Nach DIW-Schätzungen lag das deutsche BIP 2015 um knapp 50 Milliarden Euro niedriger als bei einer gleichmäßigeren Verteilung, die Schere geht seit 1991 immer weiter auseinander. Der Grund: Menschen mit geringen und mittleren Einkommen können ihr Potenzial nicht ausschöpfen, weil zu wenig Geld in den Bildungsbereich investiert wird. Daraus folgert Kaphegyi: „Die Lösung für die durch diese neoliberale Politik ausgelösten Krisen liegt in einem Wiederaufbau des Wohlfahrtsstaates über massive staatliche Ausgabenerhöhungen – vor allem in Bildung.“

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

Sie finden die Broschüre „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie“ auf der GEW-Website unter: www.gew.de/bildungsfinanzierung

Heraus zum 1. Mai!

// In der ganzen Republik wird auf DGB-Veranstaltungen am Tag der Arbeit gemeinsam demonstriert, diskutiert und gefeiert. In diesem Jahr präsentiert sich die GEW an vielen Orten mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“. //

Im Sinne des DGB-Mottos zum 1. Mai „Wir sind viele. Wir sind eins.“ kann die GEW zeigen, dass ganz viele unterschiedliche Stimmen und Erfahrungen, die dennoch gemeinsam die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ voranbringen, die Bildungsgewerkschaft als Organisation ausmachen. In dem Motto spiegelt sich das Grundanliegen der Initiative: unsere Konzepte und Ideen guter Bildung in den öffentlichen Fokus rücken, die Realitäten des Bildungswesens und der mangelhaften Bildungsfinanzierung offenlegen sowie mit konkreten Zahlen und Vorschlägen in der Hand Lösungswege aufzeigen.

Damit das am 1. Mai gelingt, hat der GEW-Hauptvorstand all jene um Rat gebeten, die am besten wissen, was vor Ort ankommt. Eine Gruppe von GEW-Mitgliedern hat überlegt, welche Aktionsformen und Materialien für die Maifeier in einer kleinen Gemeinde ebenso gut funktionieren wie auf dem Rathausplatz einer Großstadt.

Die Ergebnisse? Neben einem Quiz zu Themen der Initiative hat sich die Gruppe für eine Aktion mit Schablonen und Sprühkreide entschieden. So wird die Initiative am 1. Mai schon auf der Demo-Route sichtbar und Kolleginnen und Kollegen finden direkt den Weg zum GEW-Stand. Außerdem wird die Bildungsgewerkschaft am Maifeiertag eine Postkarten-Aktion starten. Bei dieser und weiteren Gelegenheiten kann so jede und jeder aufschreiben, was ihre oder seine ganz persönliche Forderung an gute Bildung ist. Die Postkarten aus ganz Deutschland werden gesammelt und anschließend der Politik übergeben. Also: „Bildung. Weiter denken!“ im wortwörtlichen Sinne … Heraus zum 1. Mai!

Johanna Thumm,
Referentin der Initiative „Bildung. Weiter denken!“

Blick zurück und nach vorne

// Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht die GEW klar, was sie unter guter Bildung versteht, was Politik dafür tun muss und wie viel Geld in Bildung zu investieren ist. In Aktionszeiträumen rückt die Gewerkschaft ausgewählte Themen in den Fokus. //

Im Februar stand das Thema „Gute Arbeit – gute Bildung“ im Mittelpunkt. Während und nach der erfolgreichen Länder-Tarifrunde haben viele Landesverbände sowie der Hauptvorstand diverse Aspekte „guter Arbeit“ und „guter Bildung“ beleuchtet und damit deutlich signalisiert: Politik muss mehr Geld für Bildung bereitstellen. Gute Bildung lässt sich nur dann umsetzen, wenn Pädagoginnen und Pädagogen gute Arbeitsbedingungen haben.

Was ist gelaufen?

- Start und Fortsetzung der Kampagne „A 13 für alle“ (s. E&W 11/2016 und 3/2017).
- Der Bochumer Kongress „Bildung. Weiter denken!“ (s. S. 21 f.) diskutierte bildungspolitische Herausforderungen und notwendige Unterstützungsmaßnahmen für die Bildungseinrichtungen.
- In Veranstaltungen zu digitalen Medien oder zur Schulbausanierung hat die GEW dargestellt, dass und wie Ziele und Finanzierung von Bildung miteinander verbunden sind.
- In Gesprächen mit Parteien auf regionaler wie auch auf Bundesebene hat die GEW Eckpunkte ihrer Initiative vorgestellt. Sie hat die Politik zum Handeln aufgefordert sowie ihre Erwartungen an die Partei-Programme zur Bundestagswahl formuliert.
- Vor den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben die Landesverbände die politischen Parteien mit ihren Forderungen konfrontiert.

Einen Überblick über Aktivitäten der Initiative bieten die Homepages der Landesverbände sowie die interaktive Deutschlandkarte auf der Website des GEW-Hauptvorstandes: www.gew.de/weiter-denken/karte/.

Und in Zukunft …

Vom 22. Mai bis 2. Juni sollen die Themen „Inklusion“ und „Integration“ im Zentrum gemeinsamer GEW-Aktivitäten stehen. Ziel: Bund und Ländern deutlich zu machen, wie Inklusion und Integration aus GEW-Sicht gelingen können, und warum dafür mehr Personal sowie eine bessere Sachausstattung nötig sind – und damit mehr Geld. Viele Landesverbände planen Aktionen – bringt Euch ein!

Johanna Thumm,
Referentin der Initiative „Bildung. Weiter denken!“
Matthias Heidn,
Initiativen-Koordinator

Volljährig, aber nicht unabhängig

// Mit 18 Jahren ist man in Deutschland volljährig – aber nicht alle stehen in diesem Alter materiell schon auf eigenen Füßen. Durch die Bildungsreformen vergangener Jahre sind die Übergänge zwischen Ausbildungsphase und Berufsleben durchlässiger, allerdings auch zeitlich flexibler geworden. Der 15. Kinder- und Jugendbericht legt deshalb den Fokus auf den Lebensabschnitt zwischen dem zwölften und 27. Lebensjahr. //

Mit Anfang 20 ist für viele junge Menschen in Deutschland die Ausbildung abgeschlossen. Rund die Hälfte hat Abitur, drei Jahre später die Lehre hinter sich oder den ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss, den Bachelor, in der Tasche. Die andere Hälfte hat nach der Ausbildung bereits erste Berufserfahrungen gesammelt. Dennoch ist der Übergang zum Berufs- und Erwachsenenleben für viele Anfang 20-Jährige heute problematisch, denn formale Bildungsabschlüsse allein reichen längst nicht mehr aus, um an der Gesellschaft partizipieren und berufliche bzw. ökonomische Eigenständigkeit sichern zu können.

Dies geht aus dem 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hervor, der Anfang Februar in Berlin veröffentlicht wurde. Allein die Zeit des Erwerbs berufsqualifizierender Abschlüsse erstrecke sich heute „fast auf das ganze zweite Lebensjahrzehnt – trotz der Schulzeitverkürzung im Gymnasialbereich“, heißt es in dem 570 Seiten starken Dokument, das das Deutsche Jugendinstitut (DJI) unter Federführung von Prof. Thomas Rauschenbach erstellt hat. Oft dauere es bis in das dritte Lebensjahrzehnt, bis junge Menschen wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen können.

DJI-Direktor Rauschenbach betonte bei der Präsentation des Berichts die staatliche Verantwortung gegenüber Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Erziehung und Ausbildung Jugendlicher würden meist als individuelle Aufgabe betrachtet, die in den Händen der Fa-

Anzeige

Du hast unseren Kindern gerade noch gefehlt!

Berlin sucht Lehrer/-innen.
Berlin sucht Erzieher/-innen.
Berlin sucht DICH.

Berliner Luft schnuppern:
Berlin-Tag, 6. Mai 2017, 10 bis 15 Uhr
IHK-Berlin, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin
Jetzt anmelden unter:
berlintag@senbjf.berlin.de

Berlin bietet spannende Arbeitsplätze in Schulen und Kitas!

Kommen Sie zum Berlin-Tag, besuchen Sie unsere Informationsveranstaltung!

Auch sonst können Sie sich jederzeit über unsere Angebote in Berlin informieren für Lehrer/-innen, Erzieher/-innen, Sozialpädagog/-innen, Kindheitspädagog/-innen, Psycholog/-innen, Heilerziehungspfleger/-innen, Kinderpfleger/-innen, Sport-, Kunst-, Musikpädagog/-innen, Kinderkrankenschwestern, Ergotherapeut/-innen, Logopäd/-innen und, und, und…

Auch für andere Quereinsteiger haben wir geeignete Einsatzorte bei unseren Jüngsten.

www.berlin.de/lehrer-werden
www.berlin.de/erzieher-werden

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie | be Berlin

Luftsprünge können sich viele Jugendliche nicht erlauben. Laut 15. Kinder- und Jugendbericht des Deutschen Jugendinstituts gestaltet sich die berufliche Integration Jugendlicher und junger Erwachsener immer schwieriger.

Foto: imago

milien liegen. „Diese Sichtweise greift zu kurz“, so Rauschenbach. Der Erziehungswissenschaftler forderte deshalb unter anderem mehr Ganztagsschulangebote für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I. Derzeit sei die Ganztagsschule vor allem ein „Betreuungsprojekt für Kinder“, so Rauschenbach. Notwendig seien aber Ganztagsangebote mit bundesweit verbindlichen pädagogischen Konzepten.

Deutschland sei zwar „relativ ‚leise’ und fast nebenbei zumindest zahlenmäßig zu einem ‚Ganztagsschulland’ geworden“, heißt es dazu in dem Report, die länderspezifischen Unterschiede seien jedoch nach wie vor groß. Bundesweit besuchten 2014 rund 68 Prozent aller Mädchen und Jungen der Sekundarstufe I eine Ganztagsschule (zu Beginn des Ausbaus dieses Schultyps im Jahr 2002 betrug die Quote lediglich 18 Prozent), die Streuung reicht dabei von über 90 Prozent Ganztagsanteil in Sachsen, Hamburg, Hessen und dem Saarland bis zu 38 Prozent in Bremen.

Herausforderung Integration

Eine weitere Herausforderung sieht der Bericht in der Integration Jugendlicher – und zwar in doppelter Hinsicht. Zum einen sei der Anteil junger Menschen, die selbst oder deren Vorfahren nach 1949 in die heutige Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind, in den vergangenen Jahrzehnten ständig gestiegen. Er liege gegenwärtig bei rund 25 Prozent und wachse in jüngeren Altersgruppen weiter an; in einigen westdeutschen Städten überwiege mittlerweile die Gruppe junger Menschen aus Migrantenfamilien. Viele von ihnen haben hierzulande die Schule durchlaufen. Die Forscher sprechen deshalb von einer „migrationsgesellschaftlichen Normalität“, vornehmlich in den westdeutschen Bundesländern, wohingegen insbesondere in ländlichen Räumen Ostdeutschlands Migration keine Alltagserfahrung für die autochthonen („alteingesessenen“ – Anm. d. Red.) Heranwachsenden sei.

Zum anderen gestaltet sich die soziale Integration Jugendlicher und junger Erwachsener immer schwieriger. Ihre Berufstätigkeit sei heute von „steigender Prekarität der Arbeitsverhältnisse“ geprägt. Jugendliche und junge Erwachsene seien „häufig befristet und mit niedriger Entlohnung beschäftigt“.

Etwa sechs Prozent der jungen Menschen in der Altersgruppe der 20- bis 25-Jährigen seien heute weder in Bildungs- oder Ausbildungsverhältnissen noch erwerbstätig. Dies gilt laut Bericht vor allem für nicht deutsche Staatsangehörige, die lediglich einen Hauptschulabschluss erworben haben. Jugendliche mit ausländischen Wurzeln verbleiben zudem im Schnitt länger im System der Berufsbildung. Allerdings betonen die Wissenschaftler in ihrer Studie auch, dass Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland derzeit auf dem niedrigsten Stand seit Jahren sei; im europäischen Vergleich bestünden für junge Menschen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt „sehr gute Bedingungen“.

Doch diese Erfolgsmeldung hat eine Kehrseite. Trotz einer wachsenden Zahl Schülerinnen und Schüler, die das Abitur machen, sind die Aufstiegschancen von Kindern unterer sozialer Schichten laut DJI-Report nach wie vor nicht gut. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen erreiche keinen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern. Dies betreffe besonders den Einstieg in akademische Ausbildungen.

Für Norbert Hocke, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich, weist der 15. Kinder- und Jugendbericht auf Defizite der Jugendpolitik hin. In den vergangenen Jahren, so Hocke, habe sich die Politik auf die Verbesserung der familiären Bedingungen konzentriert, so z. B. auf die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf oder den Krippen- und Kita-Ausbau: „Das war alles richtig und wichtig, doch die Jugendlichen sind dabei ein wenig aus dem Blick geraten.“ Der Bericht mache nun deutlich, dass Gesetze und Maßnahmen stärker als bisher mit Blick auf die Folgen für die Lebenslagen älterer Heranwachsender überprüft werden müssten. Als Beispiele nennt Hocke eine finanzielle Grundsicherung für junge Erwachsene auch über die Volljährigkeit hinaus: „Wir brauchen zudem eine eigenständige Jugendpolitik, die z. B. Erziehungshilfen auch über den 18. Geburtstag hinaus sichert.“

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland“

Den 15. Kinder- und Jugendbericht finden Sie zum Download unter www.bmfsfj.de/15-kjb.

„Zwischen den Stühlen“

Der preisgekrönte Kino- und Dokumentarfilm „Zwischen den Stühlen“ thematisiert die aktuelle Lehrkräfteausbildung exemplarisch am Beispiel dreier Referendare. Der Film, der am 18. Mai in die deutschen Kinos kommen wird, nimmt den Zuschauer mit in die aktuelle praktische Ausbildungssituation angehender Lehrkräfte direkt an den Schulen. Er schaut hinter die Kulissen des Berufes samt allen Herausforderungen. Die Festivalpremiere hat der Film von Regisseur Jakob Schmidt auf der Dok Leipzig im vergangenen Herbst gefeiert. Er wurde dort begeistert aufgenommen und vierfach ausgezeichnet.

Infos zum Film unter: https://films2016.dok-leipzig.de/de/film/?ID=14667 sowie auf der Facebook-Seite: www.facebook.com/ZwischenDenStuehlen

Perspektiven für Lernen und Lehren

Wer mit der alltäglichen Praxis in der Schule nicht zufrieden ist, wer sich darüber ärgert, dass Schülerinnen und Schüler nicht so erfolgreich lernen, wie sie es doch eigentlich sollten, oder wer als Lehrkraft das Gefühl hat, irgendetwas falsch zu machen, für den ist Jörg Schlömerkempers Buch „Pädagogische Prozesse in antinomischer Deutung“ eine gute Anregung. Schlömerkempers Überlegungen sind der Versuch, aus den anhaltenden Schwierigkeiten herauszukommen, in denen Bildungspolitik und -reform seit langem verharren. Zweifellos, schreibt der Autor in seinem Vorwort, sei die Schule nicht mehr so wie früher, aber in vieler Hinsicht sei sie es eben doch noch. Schlömerkemper zeigt Wege auf, die Grenzen gängiger Denkmuster und verfestigter Strukturmerkmale konzeptionell zu öffnen.

Jörg Schlömerkemper: „Pädagogische Prozesse in antinomischer Deutung“, Beltz Juventa Verlag, 2017, 282 Seiten, 28,95 Euro

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Malta – Sonneninsel im Mittelmeer

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

8-tägige Flugreise

ab € 1.075,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 179,- p.

Freuen Sie sich auf die Hauptstadt Valletta, unternehmen Sie einen Ausflug in die „drei alten Städte” Vittoriosa, Senglea und Cospicua, besuchen Sie die historische Stadt Mdina und unternehmen Sie einen Ausflug nach Gozo – Maltas Schwesterinsel. Hier stehen u. a. die Buchten von Xlendi und Marsalforn, die 5.000 Jahre alte Tempelanlage Ggantija, Gozos Naturwunder Fungus-Rock, Inland See und Azur-Window auf dem Programm.

Abflug immer Mittwoch vom 26.04.2017 bis 25.10.2017

Preise und Termine im Flyer unter www.gew.de/verlagsreisen

Das beinhaltet unsere Reise

✓ Flug inkl. Steuern und Gebühren
✓ Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
✓ Flughafenassistenz bei Ankunft/Abflug Malta
✓ 7 Übernachtungen im Dolmen Resort Hotel (****), oder gleichwertig
✓ 7 x Frühstücks-Büfett
✓ 6 x Abendessen im Hotel (bei Spätanreise 5 x Abendessen und 1 x Lunchpaket)
✓ 1 x Kaninchenessen (Maltas Nationalgericht) in einem typisch maltesischen Restaurant in Hotelnähe
✓ Ganztagesausflug „Cottonera und Valletta” inkl. „Malta Experience”, Halbtagesausflug „Mdina, Rabat und Mosta”, Ganztagesausflug „Gozo”, Halbtagesausflug „Hafenrundfahrt und Shopping in Sliema”, Ganztagesausflug „Maltas landschaftliche Höhepunkte”
✓ deutschsprachige Reiseführung während der Ausflüge
✓ deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

Abflughäfen

- München
- Düsseldorf + € 15,- p. P.
- Frankfurt/Main + € 20,- p. P.
- Berlin-Tegel + € 20,- p. P.

Flugsaisonzuschlag

- München (12.04., 07.06., 26.07., 30.08.)
- Düsseldorf (12.04., 19.07., 23.08., 25.10.)
- Frankfurt/Main (05.04., 12.04., 05.07., 02.08., 11.10., 18.10.)
- Berlin-Tegel (12.04., 02.08., 06.09., 25.10.)

jeweils + € 55,- p. P.

Fotos © visitmalta.com

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

28. Gewerkschaftstag | 08.–13. Mai 2017 | Freiburg
Bildung. Weiter denken!

Kandidatinnen und für den Geschäftsfü

// Die Delegierten des 28. Gewerkschaftstages der GEW wählen in Freiburg im Breisgau die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes (GV) der Bildungsgewerkschaft. E&W stellt die Kandidatinnen und Kandidaten vor, die laut Mitteilung des Wahlausschusses (s. die in E&W 3/2017, S. 41, veröffentlichte Bekanntmachung) von GEW-Gremien vorgeschlagen worden sind und sich für ein Amt bewerben. Die Vorsitzende Marlis Tepe tritt erneut an. Für den Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit gibt es zwei Kandidaten. //

Als GEW-Vorsitzende kandidiert Marlis Tepe.

„Du hast an mich geglaubt, das vergesse ich nicht!“, sagte kürzlich ein ehemaliger Schüler, der große Probleme mit allen und auch sich selbst hatte. Jetzt ist er auf einem guten Weg. Das ist es, warum so viele von uns Erzieher*in, Lehrer*in, Sozialpädagog*in, Erwachsenenbildner*in oder Hochschullehrer*in werden: Wir wollen einen Unterschied machen im Leben der Menschen, deren Wege wir begleiten. Unser Beruf als Berufung. Dieser Leitsatz gilt auch für meine Arbeit als Vorsitzende der GEW – verbunden mit dem Anspruch, die Bedingungen für unsere Arbeit zu verbessern.

Was haben wir in den vergangenen vier Jahren gemeinsam geschafft? Die GEW hat viele Mitglieder gewonnen und ist jetzt viertgrößte DGB-Gewerkschaft.

Meine Kernaufgabe ist die politische Vertretung der GEW auf Bundesebene. Wir führen Gespräche mit Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen, sprechen in Anhörungen und arbeiten aktiv in Bündnissen. GEW-Impulse werden von den Medien aufgegriffen und verbreitet. Besondere Beachtung fand unsere Pressekonferenz im Oktober 2015: Wir stellten Forderungen für die Aufnahme Geflüchteter in Schulen und Kitas vor, die Kultusministerkonferenz (KMK) griff diese auf.

Das Kooperationsverbot aufgebrochen, die Finanzierung der Sprach-Kitas erweitert, die Arbeit in Integrationskursen besser entlohnt, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ein Fortschritt, Gelder für die Integration und ein Schulbausanierungsprogramm auf dem Weg, Finanzhilfen für die Digitalisierung avisiert, in Tarifauseinandersetzungen gute Abschlüsse erkämpft.

Das sind Erfolge, aber sie reichen noch nicht. Deshalb möchte ich meine Arbeit fortsetzen.

Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ sind wir für den Bundestagswahlkampf gut aufgestellt.

Im DGB setze ich mich für ein gemeinsames Steuerkonzept ein, damit der Staat wieder handlungsfähig wird. Ich mache mich für Friedenspolitik und fairen Welthandel stark. Die Großdemonstrationen gegen TTIP haben Wirkung gezeigt.

Foto: Kay Herschelmann

Marlis Tepe, 63 Jahre

Ich setze auf Dialog. Mir liegt sehr an einer Verstärkung der gemeinsamen Arbeit, daran, dass wir an einem Strang ziehen, uns als GEW weiterentwickeln und dabei alle Organisationsbereiche gleichberechtigt im Blick haben.

Gemeinsam mit Mitgliedern, Landesverbänden, Fach- und Personengruppen sowie Mitarbeiter*innen der GEW möchte ich diesen Weg fortsetzen. Unser Ziel: Mehr Geld für Bildung! Für bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen! Für ein sozial gerechtes Bildungssystem!

Marlis Tepe

Für den Arbeitsbereich Finanzen kandidiert Petra Grundmann.

Nach mittlerer Reife und Berufsausbildung zur Arzthelferin besuchte ich zunächst die Fachoberschule und absolvierte danach das Studium zur Sozialpädagogin an der evangelischen Stiftungsfachschule in Nürnberg. Von 1983 bis 1991 arbeitete ich als Sozialpädagogin beim Jugendamt der Stadt Nürnberg in der Abteilung Jugendgerichtshilfe. Im Anschluss in der Schulsozialarbeit am städtischen Berufsbildungszentrum. GEW-Mitglied bin ich seit dem 1. Mai 1982; ehrenamtlich in Funktion seit 1983. Zu Beginn bis 1991 als Schatzmeisterin im Kreisvorstand Nürnberg. Parallel engagierte ich mich in der Landesfachgruppe sozialpädagogische Berufe, deren Vorsitz ich von 1991 bis 1994 innehatte. 1994 wurde ich als Leiterin des Referats Erziehung und soziale Arbeit Mitglied des Landesvorstands der GEW Bayern, 1996 bin ich zur stellvertretenden Vorsit-

Kandidaten
hrenden Vorstand der GEW

Foto: Kay Herschelmann

Petra Grundmann, 59 Jahre

zenden gewählt worden. Auf Bundesebene war ich vier Jahre ehrenamtlich Revisorin beim Hauptvorstand, von 1991 bis 1996 Vertreterin Bayerns in der Bundesfachgruppe sozialpädagogische Berufe und ab 1996 Mitglied im Hauptvorstand. Während dieser Zeit arbeitete ich bei drei Gewerkschaftstagen in der Antragskommission mit und ab 1999 in der Steuerungsgruppe zur Organisationsentwicklung.

Ende 2001 wurde ich vom Hauptvorstand zur Leiterin des Arbeitsbereiches Finanzen gewählt und auf den Gewerkschaftstagen 2005, 2009 und 2013 im Amt bestätigt.

Neben meinen Aufgaben als Schatzmeisterin bin ich Geschäftsführerin beim Bildungs- und Förderungswerk der GEW sowie den drei Vermögensgesellschaften des Hauptvorstandes und seit März 2017 Revisorin beim DGB auf Bundesebene. Für die GEW will ich mich auch in den kommenden vier Jahren für eine stabile Mitglieder- und Einnahmeentwicklung, eine stetige Optimierung der EDV-Prozesse und eine wirtschaftliche und nachhaltige Mittelverwendung bei geordneten Finanzen einsetzen – so ihr mich lasst.

Petra Grundmann

Für den Arbeitsbereich Frauenpolitik kandidiert Frauke Gützkow.

Ihr könnt auf die GEW-Frauenpolitik zählen!

Als Frauenpolitikerin gestalte ich zentrale GEW-Themen mit: von der Lehrkräftebildung über Positionen zu Vielfalt, Diversity und Inklusion bis zur Organisationsentwicklung. Ich vertrete die Interessen der weiblichen GEW-Mitglieder – von der Lohngerechtigkeit über das Gleichstellungsrecht bis zur geschlechterbewussten Bildung.

Was brauchen GEW-Mitglieder, um gut leben, gut arbeiten und sich engagieren zu können? Dies ist die Leitfrage für meine Arbeit im Geschäftsführenden Vorstand der GEW.

Auf diesem Weg habe ich in den vergangenen vier Jahren in enger Abstimmung mit dem Bundesfrauenausschuss, mit Landesverbänden und Fachgruppen einiges erreicht: Entgeltgleichheit steht auf der Agenda, insbesondere die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie Personalräte werden im Gleichstellungsrecht und in ihrer Praxis unterstützt. Projekte zur Organisationsentwicklung sowie der Prozess insgesamt werden geschlechterpolitisch begleitet, um junge Frauen für die Mitarbeit in der GEW zu gewinnen. Diskussionen um Zeit, Zeit zum Arbeiten, Zeit für Familie und Freundschaften, Zeit für Engagement und auch für sich selbst, sind angelaufen. Dabei geht es – für Frauen wie für Männer – um gewerkschaftliche Antworten auf die zunehmenden Belastungen und Verdichtungen in der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrkräften, Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Hier sehe ich meine Aufgabe ganz besonders im Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Das Verbindende zwischen meinen Arbeitsgebieten Frauenpolitik, Seniorinnen- und Seniorenpolitik sowie Politik für und mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Kolleg_innen ist das Eintreten für Chancengleichheit.

Foto: Kay Herschelmann

Frauke Gützkow, 55 Jahre

Ich mache mich stark für eine kämpferische, vielfältige GEW, in der sich Junge und Alte, Frauen, Männer und andere Geschlechter für eine demokratische Bildung mit attraktiven Arbeitsbedingungen einsetzen. Deswegen kandidiere ich für eine zweite Amtszeit.

Frauke Gützkow

Für den Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik kandidiert Daniel Merbitz.

Schon seit meinen Jugend- und Studententagen bin ich gewerkschaftlich aktiv. Einen zentralen Satz, der mich bis heute bewegt, hat der damalige IG Metall-Chef Franz Steinkühler während einer Kundgebung in Leipzig formuliert: „Das Stärkste, was die Schwachen haben, ist eine Gewerkschaft!“

Ich bin Jahrgang 1976, überzeugter Gewerkschafter, verheiratet, wohne in Leipzig und Magdeburg, Volljurist (spezialisiert auf Arbeits- und Verfassungsrecht). In meiner Freizeit bin ich als Fotograf, Künstler und Autor aktiv. Gern gehe ich ins Museum und ins Theater.

Seit 2001 bin ich hauptamtlich als Tarifsekretär beim GEW-Landesverband Sachsen-Anhalt tätig. Als Leiter betrieblicher Tarifkommissionen bei Verhandlungen mit ganz unterschiedlichen Arbeitgebern habe ich in anderthalb Jahrzehnten viel Licht und Schatten gesehen. Weitere wichtige Erfahrungen

Foto: Kay Herschelmann

Daniel Merbitz, 41 Jahre

waren für mich die Beteiligung an der Entwicklung des neuen Tarifrechts im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Kommunen.

Für die GEW geht es darum, auch für die Zukunft die tarifpolitische Eigenständigkeit zu sichern und auszubauen. Dabei stehen die Tarifrunden im öffentlichen Dienst im Mittelpunkt. Wir wollen die Arbeits-, Entgelt- sowie Eingruppierungsbedingungen der Mitglieder, insbesondere an den Kitas, Schulen und Hochschulen, weiter verbessern und aufwerten. Wir werden uns auch mit der schwierigen Frage auseinandersetzen, wie der tarifvertragliche Schutz bei den freien Trägern im Sozial- und Erziehungsdienst sowie im Weiterbildungsbereich zu verbessern ist. Für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ist es wichtig, endlich das Beamtenstreikrecht zu erkämpfen, um die vordemokratischen Zustände zu beenden. Die Tarifautonomie muss das Prinzip „Gutsherrenart“ ablösen!

Ich stehe für Teamarbeit und Transparenz. Zu meinen Grundüberzeugungen gehören das hohe Gut der Solidarität sowie der Schutz der Tarifautonomie. Die GEW braucht eine starke Tarif- und Beamtenpolitik. Dafür setze ich mich mit all meiner Kompetenz ein.

Daniel Merbitz

Für den Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit kandidieren Andreas Giersch …

Warum nicht ich? Erzieher, Heilpädagoge, Kindheitspädagoge.

Seit 28 Jahren arbeite ich in Tätigkeitsfeldern der Frühpädagogik sowie der Kinder- und Jugendhilfe. Dazu gehörte neben dem Aufbau und der Leitung integrativer Kindertageseinrichtungen auch die kindertherapeutische Arbeit. Da ich schon immer bereit war, mich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu engagieren, wurde ich während dieser Zeit mit Freistellung auch in die Mitarbeitervertretung gewählt.

Neben meiner hauptberuflichen Arbeit bildete ich bundesweit in Seminaren Pädagoginnen und Pädagogen weiter; unter anderem zur Inklusion sowie zum Leitungs- und Konfliktmanagement.

Seit 2014 arbeite ich als Organisationssekretär beim Bezirksverband Leipzig der GEW Sachsen. Die Idee einer Bildungsgewerkschaft, welche die Interessen der Beschäftigten von der Kita bis zur Hochschule und den Weiterbildungseinrichtungen vertritt, hat mich von Anfang an überzeugt.

Mein Engagement als Leiter des Organisationsbereiches Jugendhilfe und Sozialarbeit wird sich auf die Ausgestaltung

Foto: Uwe Preuss

Andreas Giersch, 50 Jahre

und Weiterentwicklung dieser Idee im Miteinander aller Bildungsbereiche richten. Daraus resultieren unter anderem folgende Aufgabenfelder:

Stärkung des Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit, Erhöhung des Organisationsgrades und Positionierung der GEW im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) für alle Bildungsbeschäftigten.

An den bisherigen Erfolgen werde ich anknüpfen und erfahrene sowie neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter motivieren, diesen Weg gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Vorstandsbereiches fortzusetzen.

Es wird immer wichtiger, den inklusiven Gedanken in allen gesellschaftlichen Bereichen, aber vor allem im Bildungsbereich zu stärken und umzusetzen. Hier haben wir als Bildungsgewerkschaft eine besondere Verantwortung.

Ich kandidiere für die Leitung des Organisationsbereiches Jugendhilfe und Sozialarbeit, weil ich überzeugt bin, dass Bildungsgerechtigkeit die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land positiv stärkt. Dafür setze ich mich ein – und darum bin ich es.

Andreas Giersch

… und Björn Köhler.

Nach einem kurzen Ausflug in die Theologie habe ich Sozialarbeit mit Schwerpunkt Krankheit, Behinderung

und Sucht studiert. Seit 2008 arbeite ich für die GEW (zuerst als Praktikant beim Hauptvorstand). Seit Ende 2009 leite ich das Sozialpädagogische Büro der GEW Bayern. Hier begleite ich zusammen mit vielen engagierten Ehrenamtlichen die GEW-Mitglieder z. B. aus Kitas, Schulsozialarbeit und Behindertenhilfe. Viele kennen mich auch aus den Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst, die ich seit 2009 mitgestalten darf.

Seit meiner Jugend bin ich in der Kinder- und Jugendpolitik aktiv. Mein Ziel ist, gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle zu erreichen. In unserem Organisationsbereich heißt das, alle Mitglieder aus Kinder- und Jugendhilfe, Schule, beruflicher Bildung, Hochschule bis zur Erwachsenenbildung zu stärken und zu unterstützen.

Dabei ist mir vor allem die kontinuierliche Aufwertung unserer Berufe wichtig. Gleichzeitig müssen wir auch an der Verbesserung unserer Arbeitsqualität dranbleiben. Dazu ist es unter anderem wichtig, weiterhin auf ein Kita-Qualitätsgesetz auf Bundesebene hinzuwirken und unsere Positionen aktiv in die Debatte um das neue Sozialgesetzbuch

Foto: Stefan Zeitz

Björn Köhler, 36 Jahre

(SGB) VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) einzubringen und uns konsequent um Bündnispartner zu bemühen.

An der GEW schätze ich vor allem ihre Orientierung zur Basis hin. Es ist eine große Stärke, dass viele Kolleginnen und Kollegen ihre Themen, Wünsche und Nöte in die Organisation hineintragen und dort gehört werden. Auch deshalb gilt die GEW in der Fachwelt als eine Organisation, die alle Bildungsbereiche vernetzt. Eine starke ehrenamtliche Basis ist dafür wichtig.

Ich kandidiere, um den guten Weg, den die GEW im Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit in den vergangenen Jahren eingeschlagen hat, mit meiner Kompetenz und vollem Engagement zu bereichern. Ich freue mich darauf, auf der Bundesebene aktiv für alle Kolleginnen und Kollegen einzutreten und gemeinsam mit den Aktiven aus allen Bereichen unsere Organisation weiterzuentwickeln.

Björn Köhler

Für den Organisationsbereich Schule kandidiert Ilka Hoffmann.

Ich kandidiere erneut für den Geschäftsführenden Vorstand, weil

- ich die vorstandsbereichsübergreifenden Projekte weiter vorantreiben möchte. Das sind u. a. Soziale Arbeit an allgemein- und berufsbildenden Schulen (in Kooperation mit den Organisationsbereichen Jugendhilfe und Sozialarbeit sowie Berufliche Bildung und Weiterbildung), A 13/E 13 für alle (mit dem Arbeitsbereich Frauenpolitik), Multiprofessionelle Zusammenarbeit (mit dem Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit) sowie Lehrkräftebildung,
- ich die in den vergangenen vier Jahren geknüpften Netzwerke und Kontakte – national wie international – sowie das erworbene Wissen gerne zum weiteren Nutzen der GEW einbringe,
- ich gemeinsam mit den Bundesfachgruppenausschüssen und Landesverbänden weiterhin für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen für alle kämpfen möchte.

Ich blicke auf eine langjährige Arbeit an einer Förder- und einer Gemeinschaftsschule zurück. Vor allem die professionelle und kollegiale Zusammenarbeit im Kollegium prägte mein berufliches Selbstverständnis. Als Leiterin des Fachgebiets Inklusion im saarländischen Landesinstitut war es mir ein Herzensanliegen, dieses Selbstverständnis sowie die wissenschaftlichen, pädagogischen und alltagspraktischen Grundlagen den Kolleginnen und Kollegen für erfolgreiche inklusive Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Für die GEW aktiv zu sein, war für mich stets Teil meines Professionsverständnisses. Als Mitglied im Hauptpersonalrat, als Leiterin des Schulbereichs der GEW Saarland, des Bundesfachgruppenausschusses (BFGA) Sonderpädagogische Berufe sowie seit vier Jahren als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW standen und stehen

Foto: Kay Herschelmann

Ilka Hoffmann, 53 Jahre

für mich die Verbesserung des Schulwesens, der Lern- und Arbeitsbedingungen sowie die Entwicklung der eigenen Profession im Zentrum.

Schwerpunkte meiner Arbeit im Geschäftsführenden Vorstand waren u. a. Fragen der Qualität schulischer Bildung, Ökonomisierungstendenzen im Schulwesen, Digitalisierung, Lehrkräftebildung sowie Schulstruktur und inklusive Bildung. Dabei gehören für mich Bildungspolitik, Professionspolitik (Lehrkräftebildung, Berufsethos) und Interessenvertretungspolitik (Tarif-, Beschäftigungspolitik und Arbeitsbedingungen) untrennbar zusammen. Diese drei Aspekte werden weiterhin Grundlage meiner gewerkschaftlichen Arbeit im Organisationsbereich Schule sein.

Ilka Hoffmann

Für den Organisationsbereich Hochschule und Forschung und als stellvertretender Vorsitzender kandidiert Andreas Keller.

Für den Geschäftsführenden Vorstand der GEW kandidiere ich,

… um die Erfolgsgeschichte der GEW-Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ fortzusetzen. In den vergangenen vier Jahren haben wir erste Erfolge verzeichnet: Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, Bund-Länder-Programm für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Kodizes für „Gute Arbeit“ an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Jetzt kommt es darauf an, nicht nachzulassen, sondern nachzulegen. Den ersten Schritten müssen weitere folgen: Dauerstellen für Daueraufgaben, verlässliche Karrierewege, Chancengleichheit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler!

… weiter für den Ausbau und die soziale Öffnung der Hochschulen zu streiten. Für eine wachsende Mehrheit junger Menschen wird das Hochschulstudium zur Regelausbildung. Für diese brauchen wir mehr Studienplätze mit besseren Betreuungsrelationen. Das Hochschulstudium muss gebührenfrei bleiben, die Ausbildungsförderung endlich bedarfsdeckend werden – freier Zugang zum Masterstudium für alle!

… mich für die Aufwertung und Reform der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen stark zu machen. Mit den Leitlinien, die das „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ erarbeitet hat, haben wir gemeinsam mit allen Landesverbänden und Bundesausschüssen eine hervorragende inhaltliche Grundlage geschaffen. Jetzt gilt es, unsere Vorschläge um- und durchzusetzen!

… weiterhin meine vielfältigen Erfahrungen in die Arbeit des Hauptvorstands einzubringen. Bildung und Wissenschaft habe ich aus unterschiedlichen beruflichen Perspektiven kennengelernt: in Forschung und Lehre, in der Politikberatung und im Wissenschaftsmanagement. Seit 1990 bin ich Mitglied der GEW und habe mich ehrenamtlich auf Landes- und Bundesebene, in Hochschulgremien und im Personalrat engagiert. Seit 2007 setze ich mich hauptamtlich als Vorstandsmitglied, seit 2013 als stellvertretender Vorsitzender für die Interessen der GEW-Mitglieder ein. Seit 2012 bin ich Vizepräsident der europäischen Gewerkschaften. Ich bin gut vernetzt in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik – davon soll die GEW weiterhin profitieren!

Andreas Keller

Fotos: Kay Herschelmann

Andreas Keller, 51 Jahre

Für den Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung kandidiert Ansgar Klinger.

„Wer das Ziel kennt, wird nicht müde.“ Auf dem Freiburger Gewerkschaftstag kandidiere ich für eine zweite Amtsperiode für den Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Auch wenn in den zurückliegenden fast vier Jahren meiner Vorstandstätigkeit positive Entwicklungen sowohl in der Berufs- als auch der Weiterbildung erreicht worden sind, bedarf es weiterer Ausdauer: Einerseits auf dem Weg, die Berufsbildung und die dort Beschäftigten aufzuwerten. Andererseits auf dem Weg hin zu einer Beschäftigung in der Weiterbildung, damit diese wieder mit dem öffentlichen Dienst verglichen werden kann. Dabei möchte ich synergetisch für die GEW die bisherige erfolgreiche gewerkschaftliche Mitwirkung und Vertretung im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) – dem Parlament der Berufsbildung – sowie im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) fortsetzen. Hier werden bundesweit wirksame Maßnahmen der beruflichen Bildung, etwa der Berufsorientierung, und Weiterbildung beschlossen. Die erfolgreiche Bündnisarbeit mit unseren Partnern – vor allem in der Weiterbildung – wird weiterhin Bestandteil meiner Arbeit sein. Auf dem Weg zu einem Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung für alle, einem Rechtsanspruch auf Grundbildung, einer auskömmlichen Finanzierung im Bildungswesen allgemein und in der Weiterbildung im Besonderen haben wir zwar wichtige Etappen zurückgelegt. Aber wir brauchen noch einen langen Atem, den ich – mir vom Ausdauersport vertraut – für die nächsten vier Jahre mitbringe.

Ansgar Klinger

Foto: Kay Herschelmann

Ansgar Klinger, 52 Jahre

www.gew-gewerkschaftstag.de

Bildungs- und Förderungswerk
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
im DGB e.V.

Beitrittserklärung zur Gruppen-Sterbegeldversicherung (bis Alter 80) - Tarif VG9/2017

Ihr Servicetelefon
01806
10 25 10
0,20 €/Anruf aus dem deutschen Festnetz; max. 0,60 €/Anruf aus dem deutschen Mobilfunknetz

Beitrittserklärung bitte zurücksenden an:
Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V., Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Zu versichernde Person

Name / Vorname

PLZ / Wohnort

Straße / Hausnummer

Geburtsdatum

Bitte kreuzen ☒ Sie an:
☐ weiblich ☐ männlich

Versicherungsbeginn

Telefonnummer für Rückfragen

E-Mail Adresse

Staatsangehörigkeit

Bitte ankreuzen:
☐ **Mitglied**
Mitgliedsnummer:

☐ Familienangehörige/r

Versicherungsumfang

Ich beantrage eine Versicherungssumme von: (bitte ankreuzen)

Versicherungssumme in €	Monatlicher Beitrag in €
☐ **3.000**	
☐ **5.000**	
☐ **7.000**	
☐ **10.000**	
☐ **12.500**	
zzgl. BFW-Mitgliedsbeitrag	**0,05**
Lastschriftbetrag	.....

☐ Ich wähle folgende Summe unter 12.500 Euro: Euro .....
Mindestsumme 500,-- Euro

Bei Erhöhung eines bereits bestehenden Versicherungsschutzes wird ein gesonderter Versicherungsschein erstellt.

SEPA-Lastschrift (bitte in jedem Fall ausfüllen)

Bitte anhängendes SEPA-Lastschriftmandat ausfüllen und unterschrieben mit der Beitrittserklärung zurücksenden.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge für diese Gruppen-Sterbegeld-Versicherung bis auf schriftlichen Widerruf und der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag von € 0,05 im Lastschriftverfahren monatlich eingezogen werden.

Produktbeschreibung

Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchsteintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im 1. Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungssumme: Bei Tod im 1. Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrages; bei Tod im 2. Monat: Zahlung von 1/12 der Versicherungssumme; bei Tod im 3. Monat Zahlung von 2/12 der Versicherungssumme usw.; allmonatlich um 1/12 der Versicherungssumme steigend bis zur vollen Versicherungssumme ab Beginn des 2. Versicherungsjahres. Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.

Unfalltod-Zusatzversicherung

Eine Unfalltod-Zusatzversicherung ist stets eingeschlossen, außer bei den Eintrittsaltern ab 75 Jahren. Bei Tod infolge eines Unfalls vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird die volle Versicherungssumme zusätzlich zur Sterbegeldleistung gezahlt.

Beitragszahlung

Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnungsmäßige 85. Lebensjahr vollendet.

Überschussbeteiligung

Die vom Versicherer laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Zins- und Grundüberschussanteilen weitergegeben. Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt. Die Grundüberschussanteile werden – je nach Vertragsgestaltung – entweder ebenfalls verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt oder mit den zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet.

Zuwendungserklärung

Hiermit erkläre ich, dass die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grundüberschussanteile – entgegen dem Vorstehenden – dem BFW der GEW laufend zugewendet werden. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zugute.Der BFW der GEW verwendet die Beträge zu 64 % für satzungsgemäße Aufgaben und zu 36 % zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel). Über die Höhe der Zuwendungen gibt das BFW der GEW auf Anfrage jederzeit Auskunft. Diese Erklärung kann jederzeit widerrufen werden. Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Einwilligungs- und Schweigepflichts-entbindungserklärung

Sie geben mit Unterzeichnung dieser Beitrittserklärung die auf der Rückseite abgedruckte "Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung" ab. Nehmen Sie diese bitte zur Kenntnis. Sie umfasst:

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN
1.1. Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern
2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten
2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes
3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN
3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Unterschriften

Bevor Sie diese Beitrittserklärung unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung sowie Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie ist wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Einwilligungserklärung zum Inhalt dieser Beitrittserklärung.

Ort / Datum ✘

Unterschrift der zu versichernden Person ✘

Unterschrift der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers ✘

Interne Angaben

Gruppenvertragsnummer: 4 7 9 0 0 5 8 6 6 1

Personenkreis:

Versicherungsscheinnummer: 4 7

Versicherungssumme:

Versicherungsbeginn: 0 1 2 0 1 7

Version G - 01.2017

Widerrufsrecht **Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages**

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Versicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung

Die Regelungen des Versicherungsvertragsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Datenschutzvorschriften enthalten keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Gesundheitsdaten durch Versicherungen. Um Ihre Gesundheitsdaten für diese Beitrittserklärung und den Vertrag erheben und verwenden zu dürfen, benötigt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG (im Weiteren DBV-ZN genannt) daher Ihre datenschutzrechtliche(n) Einwilligung(en). Darüber hinaus benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindungen, um Ihre Gesundheitsdaten bei schweigepflichtigen Stellen, wie z.B. Ärzten, erheben zu dürfen. Als Unternehmen der Lebensversicherung benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung ferner, um Ihre Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 Strafgesetzbuch geschützte Daten, wie z.B. die Tatsache, dass ein Vertrag mit Ihnen besteht, an andere Stellen, weiterleiten zu dürfen.

Die folgenden Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärungen sind für die Begründung, Durchführung oder Beendigung Ihres Versicherungsvertrages in der DBV-ZN unentbehrlich. Sollten Sie diese nicht abgeben, wird der Abschluss des Vertrages in der Regel nicht möglich sein. Die Erklärungen betreffen den Umgang mit Ihren Gesundheitsdaten und sonstiger nach § 203 StGB geschützter Daten

- durch die DBV-ZN selbst (unter 1.),
- Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten (unter 2.) und
- bei der Weitergabe an Stellen außerhalb der DBV-ZN (unter 3.).

Die Erklärungen gelten für die von Ihnen gesetzlich vertretenen Personen wie Ihre Kinder, soweit diese die Tragweite dieser Einwilligung nicht erkennen und daher keine eigenen Erklärungen abgeben können.

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten duch die DBV-ZN

Ich willige ein, dass die DBV-ZN die von mir in dieser Beitrittserklärung und künftig mitgeteilten Gesundheitsdaten erhebt, speichert und nutzt, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Versicherungsvertrages erforderlich ist.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN, soweit auf Grund von Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen, Vereinen, Verbänden, Firmen oder sonstigen Dritten Vorteilskonditionen gewährt werden, zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit mit Anspruch auf Vorteilskonditionen besteht, mit den genannten Dritten einen Datenabgleich vornimmt und entbinde insoweit den Versicherer von der Schweigepflicht.

1.1 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern

Ich willige in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, gesetzliche Krankenkassen, Vereinen, Unternehmen oder Verbänden (Kooperationspartner) ein, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Vertrages, insbesondere zur Berechnung meiner Versicherungsprämie erforderlich ist.

2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten

2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes

Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss für uns konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden . Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtentbindung.

Für den Fall meines Todes **willige ich in** die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten (Ärzten, Pflegepersonen, Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Behörden) zur Leistungsprüfung ein.

Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zulässigerweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antragstellung übermittelt werden.

Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die DBV-ZN tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht.

3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN

Die DBV-ZN verpflichtet die nachfolgenden Stellen vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit.

3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Die DBV-ZN führt bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Leistungsfallbearbeitung oder die telefonische Kundenbetreuung, bei denen es zu einer Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Gesundheitsdaten kommen kann, nicht selbst durch, sondern überträgt die Erledigung einer anderen Gesellschaft der AXA-Gruppe oder einer anderen Stelle. Werden hierbei Ihre nach § 203 StGB geschützten Daten weitergegeben, benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung für sich und soweit erforderlich für die anderen Stellen.

Die DBV-ZN führt eine fortlaufend aktualisierte Liste über die Stellen und Kategorien von Stellen, die vereinbarungsgemäß Gesundheitsdaten für die DBV-ZN erheben, verarbeiten oder nutzen unter Angabe der übertragenen Aufgaben. Die zurzeit gültige Liste ist als Anlage der Einwilligungserklärung angefügt. Eine aktuelle Liste kann auch im Internet unter www.dbv.de/Datenschutz eingesehen oder bei den in Ihren Vertragsunterlagen genannten Ansprechpartner/Betreuer angefordert werden. Für die Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten an und die Verwendung durch die in der Liste genannten Stellen benötigt die DBV-ZN Ihre Einwilligung.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN meine Gesundheitsdaten an die in der oben erwähnten Liste genannten Stellen übermittelt und dass die Gesundheitsdaten dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wie die DBV-ZN dies tun dürfte. Soweit erforderlich, entbinde ich die Mitarbeiter der AXA Unternehmensgruppe und sonstiger Stellen im Hinblick auf die Weitergabe von Gesundheitsdaten und anderer nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

Information zur Verwendung Ihrer Daten

Zur Einschätzung des zu versichernden Risikos vor dem Abschluss des Versicherungsvertrags, zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, insbesondere im Leistungsfall, benötigen wir personenbezogene Daten von Ihnen. Die Verarbeitung und Nutzung dieser Daten ist gesetzlich geregelt. Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich in den Verhaltensregeln der deutschen Versicherungswirtschaft verpflichtet, nicht nur die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten, sondern auch darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Förderung des Datenschutzes zu ergreifen. Erläuterungen dazu können Sie den Verhaltensregeln entnehmen, die Sie im Internet unter www.dbv.de abrufen können. Ebenfalls im Internet abrufen können Sie Listen der Unternehmen unserer Gruppe, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen sowie Listen der Auftragnehmer und der Dienstleister. Soweit die Verarbeitung Ihrer Daten auf der Grundlage einer ausdrücklichen Einwilligungs- oder Schweigepflichtentbindungserklärung erfolgt, können Sie diese jederzeit widerrufen. Des Weiteren können Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten beantragen sowie die Berichtigung Ihrer Daten verlangen, wenn diese unrichtig oder unvollständig sind. Ansprüche auf Löschung oder Sperrung Ihrer Daten können bestehen, wenn deren Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sich als unzulässig oder nicht mehr erforderlich erweist. Diese Informationen gelten auch für die versicherte Person. Wenn die versicherte Person nicht zugleich Versicherungsnehmer ist, wird der Versicherungsnehmer diese Informationen der versicherten Person weiter geben. In allen diesen Fällen können Sie sich jederzeit an den Kunden- und Partnerservice der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden, telefonisch an 0221/148-41013, oder per Email an service@dbv.de wenden.

Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts.

Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.

Eine Durchschrift der Beitrittserklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt.

Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.

Soweit Vorteilskonditionen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte.

Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn, Internet: www.bafin.de.

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

Versicherungsträger

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung
Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG
Sitz der Gesellschaft Köln (HR B Nr. 271)
USt.-Ident.-Nr.: DE 122786679

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dr. Thomas Buberl
Vorstand: Dr. Alexander Vollert (Vors.), Dr. Andrea van Aubel, Etienne Bouas-Laurent, Dr. Patrick Dahmen, Jens Hasselbächer, Jens Warkentin.

Anschrift:
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden

DBV

Tarif VG9/2017 - Monatsbeiträge für je 500 € Sterbegeld - Endalter Beitragszahlung 85 Jahre

Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen
Als Eintrittsalter gilt die Differenz zwischen dem Beginnjahr der Versicherung minus dem Geburtsjahr der zu versichernden Person.

Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich
15	0,80 €	30	1,05 €	45	1,53 €	60	2,63 €	75	6,29 €
16	0,81 €	31	1,07 €	46	1,58 €	61	2,75 €	76	6,87 €
17	0,83 €	32	1,10 €	47	1,63 €	62	2,87 €	77	7,56 €
18	0,84 €	33	1,12 €	48	1,68 €	63	3,01 €	78	8,42 €
19	0,86 €	34	1,15 €	49	1,74 €	64	3,16 €	79	9,52 €
20	0,87 €	35	1,18 €	50	1,80 €	65	3,33 €	80	10,98 €
21	0,89 €	36	1,20 €	51	1,86 €	66	3,50 €		
22	0,90 €	37	1,23 €	52	1,93 €	67	3,70 €		
23	0,92 €	38	1,27 €	53	2,00 €	68	3,91 €		
24	0,93 €	39	1,30 €	54	2,07 €	69	4,15 €		
25	0,95 €	40	1,33 €	55	2,15 €	70	4,42 €		
26	0,97 €	41	1,37 €	56	2,23 €	71	4,71 €		
27	0,99 €	42	1,41 €	57	2,32 €	72	5,04 €		
28	1,01 €	43	1,45 €	58	2,42 €	73	5,41 €		
29	1,03 €	44	1,49 €	59	2,52 €	74	5,83 €		

Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu multiplizieren (z.B.: Bei einer Versicherungssumme von 3.000,- € = Beitrag x 6, bei einer Versicherungssumme von 5.000,- € = Beitrag x 10).
Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit 7 Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur 2 Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.

Bitte hier abtrennen

Bitte ausfüllen und zurücksenden

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige das BFW der GEW, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom BFW der GEW auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsempfänger	Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V. (BFW der GEW)
Gläubiger	Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt
Gläubiger-Identifikationsnummer	DE12ZZZ00000013915
Mandatsreferenz	wird gesondert mitgeteilt

Zahlungspflichtiger

Vorname Kontoinhaber _____

Nachname Kontoinhaber _____

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Land _____

Kreditinstitut _____

IBAN DE __

BIC _____

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Version SEPA - 01.2017

Stand 20.05.2014

Übersicht der Dienstleister des AXA Konzerns

gemäß der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung

Konzerngesellschaften, die an gemeinsamen Datenverarbeitungsverfahren der Stammdaten teilnehmen:

- AXA ART Versicherung AG
- AXA Bank AG
- AXA Customer Care GmbH
- AXA easy Versicherung AG
- AXA Konzern AG
- AXA Krankenversicherung AG
- AXA Lebensversicherung AG
- AXA Life Europe Ltd. Niederlassung Deutschland
- AXA Schaden Experten GmbH
- AXA Versicherung AG
- DBV Deutsche Beamtenversicherung AG
- Deutsche Ärzteversicherung AG
- Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG
- INREKA Finanz AG
- Kölner Spezial Beratungs-GmbH für betriebliche Altersversorgung
- Pro bAV Pensionskasse AG
- winExpertisa Gesellschaft zur Förderung beruflicher Vorsorge mbH
- win Health Consulting GmbH

Dienstleister mit Datenverarbeitung als Hauptgegenstand des Auftrags (Einzelbenennung):

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheits-daten
Alle Konzerngesell-schaften	AXA Konzern AG	Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung, Vermittlerbetreuung	ja
	AXA Group Solutions SA Zweigniederlassung Köln	Betrieb gruppenweiter IT-Anwendungen	nein
	AXA Logistic Services GmbH	Postbearbeitung, Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung	ja
	AXA Technology Services Germany GmbH und GIE AXA Tech Belgium	Rechenzentrumsbetreiber	ja
	AXA Customer Care Center GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	ARA GmbH	Telefonischer Kundendienst	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	GDV Dienstleistungs GmbH	Datentransfer mit Vermittlern und Dienstleistern	nein
AXA ART Versicherung AG	ACS Information Technologies UK Limited	Rechenzentrumsbetreiber	nein
AXA Kranken-versicherung AG	Medx	Leistungsbearbeitung	ja
	ViaMed	Leistungsprüfung, Diseasemanagament	ja
	ROLAND Assistance GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	MedicalContact AG	Diseasemanagement	ja[1]
	Sanvartis GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	IMB Consult GmbH	Medizinische Gutachten	ja[1]
	AXA Kranken Makler GmbH	Vermittlerbetreuung	ja
AXA Lebens-versicherung AG	AXA Bank	Depotverwaltung für Fondspolicen	nein
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Vorsorge Lebensversicherung AG	Antrags- und Leistungsbearbeitung	ja
AXA Versicherung AG	AXA Assistance Deutschland GmbH	Diseasemanagement, Durchführung KFZ-Kaskoversicherungen für Kreditkarteninhaber	ja[1]
	ROLAND Assistance GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Versicherungsforen medi-part GmbH	Leistungsbearbeitung	ja[1]
	Actineo GmbH	Anforderung medizinische Gutachten	ja[1]
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein
DBV Deutsche Beamten-versicherung AG	AXA Assistance Deutschland GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	ROLAND Assistance GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein

Kategorien von Dienstleistern, bei denen Datenverarbeitung kein Hauptgegenstand des Auftrages ist:

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister<u>kategorie</u>	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheits-daten
Alle Konzerngesell-schaften	Adressermittler	Adressprüfung	nein
	Gutachter	Antrags-/Leistungs-/Regressprüfung	zum Teil[1]
	Assisteure	Assistanceleistungen	zum Teil[1]
	Marktforschungsunternehmen	Marktforschung	nein
	Marketingagenturen/-provider	Marketingaktionen	nein
	Lettershops/Druckereien	Postsendungen/Newsletter (E-Mail)	nein
	Aktenlager	Lagerung von Akten	ja
	IT-Wartungsdienstleister	Wartung von Systemen/Anwendungen	ja
	Rechtsanwaltskanzleien	Forderungseinzug	ja
	Inkassounternehmen	Realisierung titulierter Forderungen	nein
	Rückversicherer	Monitoring	ja
	Entsorgungsunternehmen	Abfallbeseitigung	ja
	Routenplaner	Unterstützung Schadenbearbeitung	nein
	Heil-/Hilfsmittellieferant	Lieferung von Heil- und Hilfsmitteln	ja
	Rehabilitationsdienst	Rehabilitationsmanagement	ja
	Service-Gesellschaften	Leistungs- und Bestandsbearbeitung im Massengeschäft	nein

[1] ggf. mit separater Einwilligung

Eine aktuelle Version dieser Dienstleisterübersicht ist im Internet unter www.AXA.de/Datenschutz einsehbar.

Hinweis: Steht Ihre besondere persönliche Situation den berechtigten Interessen des Unternehmens an einer Beauftragung entgegen, können Sie dieser Beauftragung ggf. widersprechen.

„Wir schaffen das trotzdem“

// Für „Alles gut“ hat Filmemacherin Pia Lenz ein Jahr lang eine syrische und eine mazedonische Flüchtlingsfamilie begleitet und die Integration der Kinder beobachtet.

„Wir schaffen das“, sagt die 37-jährige Yusra, die mit vier Kindern aus Syrien nach Deutschland geflüchtet ist. Es sind die Worte, die auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im August 2015 wählte, und die seitdem immer wieder in die Frage münden: Schafft Deutschland das? Die TV-Journalistin Pia Lenz gibt ihrer Dokumentation „Alles gut“ über zwei Flüchtlingsfamilien aus Syrien und Mazedonien eine positive Richtung, zeigt zugleich aber ungeschönt etliche Schwierigkeiten auf. Und macht deutlich: Steinig ist der Weg vor allem für die Flüchtlinge, die mit Sprachbarrieren, Bürokratie und Wartezeit kämpfen.

Im Fokus von „Alles gut“ (Kinostart: 23. März) stehen der Roma-Junge Djaner (acht Jahre) und Yusras Tochter Ghofran (elf Jahre), deren unterschiedliche Entwicklung Lenz ab September 2015 festhielt. Djaner tritt seinen ersten Tag in der Klasse 2b der Loki-Schmidt-Schule in Hamburg stolz und euphorisch an. Ghofran weilt gedanklich weiter in Syrien und zieht sich mit arabischem Hiphop im Ohr zurück. Während Djaners depressive Mutter Alisa einfach nur auf eine bessere Zukunft hofft, will Ghofrans Vater Adel blitzschnell eine neue heile Welt aufbauen.

„Alles gut“ spielt in der Zeit zwischen Willkommenskultur auf der einen und Anschlägen auf Flüchtlingsheime auf der anderen Seite: eine Achterbahnfahrt von Erfolgen und Rückschlägen. Dabei thematisiert Lenz ausführlich auch die Herausforderungen für Lehrkräfte. Ghofrans Klassenlehrerin etwa hat 15 Kinder aus 13 Nationen in ihrer Vorbereitungsklasse. Bei Djaner zeigen sich schnell Anpassungsprobleme: Der traumatisierte Junge fordert permanent Aufmerksamkeit ein und stört den Unterricht.

Seine Klassenlehrerin will helfen, gibt aber auch zu, dass Djaner eine Belastung für die Klasse sei. Ähnlich denken Eltern von Mitschülern. Und was geht in Djaners Kopf vor? Immer wieder ruht die Kamera auf seinem Gesicht, hält Regungen und Regungslosigkeit fest, enthüllt Einsamkeit und Traurigkeit. Ghofran dagegen fühlt sich plötzlich doch wohl. Sie lernt Radfahren, singt im Chor, beginnt zu lächeln. Der Integrationswille aller, von Flüchtlingen über Lehrkräfte, Mitschüler und Eltern bis zu Sozialarbeitern, ist immens – manchmal vielleicht angesichts der laufenden Kamera sogar übertrieben groß.

Bilder bleiben im Gedächtnis

Man kennt die Bilder aus Flüchtlingsheimen, in denen Familien isoliert und auf engstem Raum in Etagenbetten leben, aus dem Fernsehen. Lenz‘ Beitrag für das Kino macht handwerklich nicht viel anders als die TV-Reportagen. „Alles ist gut“ schafft jedoch allein durch seine Dauer von 95 Minuten mehr Nähe zu seinen Protagonisten und lässt die Bilder länger im Gedächtnis verweilen. Der Fokus auf die Perspektive der Kinder lässt das Gezeigte zudem authentisch und unverfälscht erscheinen.

Lenz begleitete eine Familie mit Bleibeperspektive und eine von Abschiebung bedrohte. Im Asylrecht trennen sie große Unterschiede, im Film wirken vor allem alle Flüchtlingskinder gleich – obwohl Djaners unsicherer Status seine Integration erschwert. Zur Zeit der Dreharbeiten sei die öffentliche Debatte stark geprägt gewesen von einem „Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge“-Denken, sagt Lenz. „Das wollte ich aufbrechen.“ Die Frage „Schaffen wir das?“ wollte sie mit Ja beantworten, ohne Probleme zu verschweigen. „Das klare Benennen von Zielen und Herausforderungen ist wichtig, gerade um auch populistischen Aussagen entgegenzutreten.“ Am Ende solle beim Zuschauer ein „Wir schaffen das trotzdem“ hängenbleiben.

Zu ihren Protagonisten hat Lenz noch Kontakt: Djaners Familie ist nach abgelehntem Asylantrag geduldet, die Jungen sind in Obhut des Jugendamtes, ihre Mutter in Psychotherapie. Adels Familie hat jetzt eine eigene Wohnung, Ghofran wechselte in eine Regelklasse.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Den Trailer von „Alles gut“ sowie zu einem späteren Zeitpunkt auch Unterrichtsmaterial zum Film finden Sie hier: www.alles-gut-film.de.
Schulvorstellungen für Klassen (ab 20 Personen) sind während der Schulzeit zu reduzierten Eintrittspreisen möglich, Kontakt: info@riseandshine-cinema.de.

Filmkompetenz erwerben

// Einige Bundesländer berücksichtigen das Medium Film in ihren Lehrplänen, generell verankert ist es aber noch lange nicht. Dabei gilt Film als das narrative Leitmedium für Kinder und Jugendliche. //

„… Filmkompetenz muss integraler Bestandteil jeder pädagogischen Ausbildung an den Universitäten – inklusive Leistungsnachweis – sein.“ So forderte es die „Filmkompetenzerklärung“, die auf dem von der Bundeszentrale für politische Bildung veranstalteten Kongress „Kino macht Schule“* 2003 verabschiedet worden ist. Zwei Jahre später wurde „Vision Kino“** im Auftrag der Bundesregierung gegründet. Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Filmbildung in der Länderkonferenz Medienbildung gab das Netzwerk für Film- und Medienkompetenz 2009 ein „Kompetenzorientiertes Konzept zur Filmbildung für die Schule“*** heraus, das es 2015 aktualisierte.

Foto: Christoph Voigt Photography

„Vision Kino“ organisiert nicht nur die jährlichen SchulKinoWochen, sondern vergibt auch Preise. Eine fünfköpfige Kinderjury kürte 2016 das Drehbuch zum Film „Der kleine Ritter Trenk“ von Gerrit Hermans (Mitte vorn) zum Favoriten. Den Zehn- bis 13-Jährigen gefiel, dass es hier um das Thema Gerechtigkeit geht.

Film in der Schule

Ein Blick in die Länder zeigt, wie lange es dauert, bis Filmbildung Normalität an deutschen Schulen wird: In Bremen startete 2007 ein vom Senat für Bildung und Wissenschaft initiiertes Vorreiter-Projekt in Kooperation mit einem Kino und der Universität. Abiturienten konnten sich beim Zentralabitur in Deutsch erstmals über filmische Aspekte zum Thema „Krieg“ prüfen lassen. Lehrkräfte sind seitdem kontinuierlich geschult worden. Heute ist die Film-im-Abitur-Regelung in Bremen etabliert.

In Niedersachsen ist „Filmisches Erzählen“ im Kerncurriculum Deutsch für die gymnasiale Oberstufe als Pflichtmodul verankert. Abiturienten des Jahrgangs 2017 können sich beispielsweise schon jetzt mit Materialien der „Abi-Box Deutsch“ auf Georg Büchners „Woyzeck“ vorbereiten. Knapp einhundert Lehrkräfte hat man bisher für das Fach Film ausgebildet. „Die Nachfrage ist fünfmal höher als die Platzzahl“, sagt Jörg Gabriel vom Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung.

Baden-Württemberg hat im 2016/17 inkraft getretenen Bildungsplan einen Basiskurs Medienbildung inklusive Film für die Klassenstufen 5 und 6 vorgesehen.

Berlin und Brandenburg schreiben im Rahmenlehrplan 2017/18 Filmbildung als Querschnittsaufgabe für die Jahrgangsstufen 1 bis 10 verbindlich vor.

„Bewegte Bilder sind eine Dauerbildungsaufgabe“, sagte der Chef der Staatskanzlei Thüringen und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Prof. Benjamin-Immanuel Hoff (Die Linke), auf dem Ende vergangenen Jahres veranstalteten „Kongress Vision Kino“. Bei der alle zwei Jahre stattfindenden Tagung diskutierten Filmschaffende, Pädagoginnen, Wissenschaftler und Politiker in Erfurt über die Bedeutung von Filmen für die pädagogische Praxis. „Viele glauben, man könne eine Filmstory in 140 Zeichen erzählen“, benannte „Vision Kino“-Geschäftsführerin Sarah Duve ein Phänomen der digitalen Welt. Doch Filme gehörten ins Kino. Warum? „Instagram, Facebook & Co. schaffen zwar Netzwerke, aber keine Gemeinsamkeit“, betont Duve.

„Es muss Aufgabe aller Akteure sein, die Einmaligkeit der Filme wieder ins Kino zurückzuholen“, wünscht sich Frank Völkert, stellvertretender Vorstand der Filmförderungsanstalt FFA.

Für Christian Pfeil, gelernter Schauspieler und Kinobetreiber in Jena und Gera, bieten Lichtspieltheater „Gruppenerlebnis und Konzentration wie vor 2 000 Jahren am Lagerfeuer“.

Doch ohne die vielen engagierten Lehrkräfte würde schulische Filmbildung kaum funktionieren. In ihrer Evaluation eines Modellprojektes „Filmbildung für Lehramtsanwärter/innen“ in Nordrhein-Westfalen stellten Bernward Hoffmann und Adam Khalaf 2012 fest: „Filmbildung steht auf der Tagesordnung, ist aber in Lehrkräftebildung und Schulalltag noch nicht selbstverständlich.“ Die resignative Frage Lehrender: „Was sollen wir denn noch alles machen?“ wird in dem Zusammenhang explizit von den Autoren zitiert.

Doris Hönschker, Gymnasiallehrerin für Englisch und Sport, arbeitet seit über 30 Jahren an der Evangelischen Schule Berlin-Frohnau – einer öffentlichen Schule in freier Trägerschaft. Sie nutzt das Medium Film seit etwa zehn

Jahren im Unterricht. Vor allem in den gymnasialen Grund- und Leistungskursen Englisch bis zum Abitur, aber auch schon ab der 5. Klasse. Hönschker: „Es gab immer sehr interessante Kinderfilme über Themen wie Freundschaft, Erwachsenwerden oder auch die DDR. Schülerinnen und Schüler profitieren von anderen Sichtweisen: Haben sie ähnliche oder ganz andere Probleme als Kinder in Finnland, Spanien, Kenia oder Frankreich?“

Anna C. Naumann, theatererfahrene Lehrerin am Evangelischen Gymnasium Hermannswerder, hat mit Schülerinnen und Schülern ihres Seminarkurses Film 2015/2016 und Studierenden der Filmuniversität Babelsberg sogar einen professionellen Kurzspielfilm gedreht und ins Kino gebracht. „Auferstehung“ thematisiert Vertrauen und Verrat, aber auch Loslassen und Neuanfang. „Die ergebnisorientierte Arbeit setzte vorher ungeahnte Talente und Energien frei“, berichtet Naumann.

„Viele staatliche Schulen sind in gleicher Weise aktiv“, ist Professor Markus Köster aus Münster überzeugt, der „FILM+SCHULE NRW“ leitet. Die Initiative von Landschaftsverband Westfalen-Lippe und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen will Filmbildung systematisch in den Unterricht integrieren.

Martin Dorr, Kulturwissenschaftler und Lehrer für Deutsch, Darstellendes Spiel und Film, gründete 2011 an einer Berliner Privatschule den Fachbereich Film. Zwei seiner Konzepte waren für den Deutschen Lehrerpreis nominiert. Seit 2016 baut er das Fach an einer „Brennpunktschule“ erneut auf. Dorr glaubt: „Private Schulen sind flexibler, auch ökonomisch. Das pädagogische Engagement ist allerdings unabhängig von der Schulform.“

SchulKinoWochen

800 000 Kinder und Jugendliche besuchen jährlich die von „Vision Kino“ angebotenen SchulKinoWochen. Sie finden jeweils im Frühjahr und im Herbst bundesweit statt und werden von den Bildungs- und Kultusministerien der Länder unterstützt. Neben Filmen für alle Altersstufen und Schularten gehören Lehrerfortbildungen zur Konzeption. In bewährter Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung geht es in den Seminaren nicht nur um die „Bebilderung von Themen“ im Unterricht, sondern vielmehr darum, „Filme als komplexe und eigenständige ästhetische Ausdrucksform zu vermitteln“. Ob Pädagoginnen und Pädagogen an privaten Schulen aufgeschlossener für Filmbildung seien, will Filmenthusiastin Hönschker nicht beurteilen. Eigene Begeisterung, Kreativität und Fantasie hält sie aber für essenziell.

Dagmar Möbius,
freie Journalistin

*www.bpb.de/gesellschaft/kultur/filmbildung/43640/filmkompetenzerklaerung-vom-21-mai-2003
**www.visionkino.de
***www.laenderkonferenz-medienbildung.de

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter www.dkms.de.
DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH
DKMS Wir besiegen Blutkrebs.

Testkorrektur in 3 Sekunden!
3 Sekunden
Name | T1 | T2 | T3
Kevin | 4 | 2- |
Dilara | 2 | 1 |
Horst | 3 | 2- |
Sandra | 2 | 4 |
Multiple-Choice-Tests
Notenverwaltung (Freeware-Modul)
www. x4-Testmanager.de

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
Zeitdauer-Uhr
„Automatik“ Compact
• rückwärts laufende Uhr
• mit rückseitigem Magnet und Ablauf-Signal
ab 8,95 €
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Ihre Anzeige in der E&W
Telefon:
0201 84300-32

SÜDFRANKREICH
Mit-Eigentümer gesucht f. romant. Ferienhaus im Languedoc. 3 R., 100 m². Seit 40 J. in Familienbesitz, Top Zustand, preisgünstig.
Tel. 0172 5414999 me@rivafilm.de

Mit Hand und Verstand!
Lesefreude für Ihren Unterricht
• spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
• senso-motorische Lernerlebnisse
• verständnisorientiertes Lernen
• Online-Unterrichtshilfen und Videos
Das Original Made in Germany
Neue Website mit vielen Unterrichtshilfen und Videos!
Lernen + Lehren mit HAHN
Besuchen Sie jetzt www.lesefreude.net

„Weich gespülte Fragen“

(E&W 12/2016, Seite 40 f.: „Gutes Übungsfeld für Demokratiebildung“ und Seite 18 f.: „Sport als Lockvogel“)

Zum Interview mit Karin Fehres vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB): Nachzuvollziehen ist das Interesse der GEW, einer Verbandsvertreterin die Möglichkeit zu geben, sich im Rahmen der Serie „Allianz für Weltoffenheit“ zu positionieren. Allerdings darf dies kein Grund sein, der DOSB-Vertreterin ausschließlich „weich gespülte“ Fragen ohne kritisches Nachhaken zu stellen. In einer Zeit, in der sich die Sportorganisationen national wie international zu Recht wachsender öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen, darf m. E. eine Gewerkschaftszeitung kritische Aspekte sportlicher Großorganisationen nicht völlig ausblenden.

Bedenklich auch – und diese Kritik richtet sich an die Redaktion – ist die Tatsache, dass die beiden Beiträge zum Thema Sport zwar in derselben Ausgabe erschienen sind – ohne allerdings real bestehende Zusammenhänge auch nur anzudeuten. Denn: Sport ist eben nicht mehr nur die „schönste Nebensache“ der Welt. Er hat sich zu einem hochpolitischen Feld entwickelt, in dem die großen Sportorganisationen eine sehr zwiespältige Rolle spielen.

Norbert Baumann, Hamburg,
Sportkommission beim GEW-Hauptvorstand

Neoliberale Mythen blühen

(E&W 1/2017, Seite 35: „Wer finanziert den Staat?“)

In dem Artikel wird die Initiative „Bildung. Weiter denken! – Fakten contra Wirtschaftsmythen“ vorgestellt, was ich sehr begrüße. Als Ökonom ist mir aufgefallen, dass neoliberale Mythen auch bei Gewerkschaften und Linken breit blühen. Leider ist der E&W-Artikel keine Ausnahme: Steuern finanzieren den Staat nicht. Abgesehen davon ist der Artikel allerdings richtig.

Der Staat finanziert sich über die Ausgabe von Staatsanleihen. Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland als Staat in der Eurozone. Staatsanleihen werden an Banken verkauft, die wiederum mit Zentralbankgeld bezahlen. Ultimativ finanziert also die Europäische Zentralbank (EZB) die Bundesregierung. Eine direkte Finanzierung ist zwar verboten, aber ohne das Zentralbankgeld könnten die Banken die Staatsanleihen nicht kaufen, da sie selber ohne Zugang zur EZB keins erzeugen können! Durch das Verbot der Staatsfinanzierung gibt es übrigens ein Ausfallrisiko, welches es außerhalb der Eurozone nicht gibt. Dies erklärt auch die schwache Phase der Eurozone, in der wir uns noch immer befinden. Steuern brauchen die Regierungen, um die auslaufenden Staatsanleihen auszahlen zu können. Wenn das nicht mehr klappt, weil die Steuereinnahmen in einer Wirtschaftskrise einbrechen, dann können Länder in der Eurozone eventuell keine neuen Staatsanleihen mehr am Markt platzieren. Ggf. muss dann eine supranationale Institution Kredite gewähren, um die Regierung mit Geld zu versorgen. Genau dies ist in Griechenland auch passiert.

Dirk Ehnts, Berlin

1:0 für die Fakten?

(E&W 1/2017, Seite 42: „Vorurteil und Fakt“)

Vielen Dank für die unermüdliche Arbeit der Redaktion und viele interessante, wichtige Artikel. Oft meldet sich nur der Unzufriedene zu Wort, heißt es, und ein bisschen ist das auch hier der Fall ...

Schon ein früherer Beitrag dieser „Glosse“ (über „Kriminalität von Flüchtlingen“) führte nicht nur bei mir zu Kopfschütteln. Nun also nach ähnlichem Rezept „Mythen“ zum Thema Bildung: Man nehme eine absurde These, die schon ohne Prüfung völlig abwegig ist („Alle sind …“). Dann ist eigentlich jede „Studie“ geeignet, das „böse“ Vorurteil zu widerlegen, oder? 1:0 für die Fakten? Mitnichten. Schülerinnen und Schüler kämen sich vermutlich „veräppelt“ vor, gingen ihre Lehrkräfte im Unterricht so vor. Und mir geht es als Leser des „Faktenchecks“ auch so. Wie dünn die Eisdecke einer solchen Unterrichtseinheit wäre, zeigt sich bereits, wenn man „alle“ durch „sehr viele“ austauscht. Schlimmer wird es, wenn man statt der einen vom Autor vorgeschlagenen Quelle noch andere hinzuzieht (so, wie man es der Klasse ja beigebracht hat): Dann würde man auf zahlreiche verstörende Ergebnisse stoßen, was den Bildungsstand geflüchteter Kinder und Jugendlicher und deren „Beschulungsmöglichkeit“ in Regelklassen betrifft.

Stefan Sinner, Berlin

Einseitiges Erinnern

(E&W 1/2017, Seite 42: „Keine Zukunft ohne Erinnern“)

Ja, das Erinnern an die Nazivergangenheit ist wichtig. Aus der Vergangenheit könnten wir viel lernen. Leider lässt auch die Seminarankündigung den Verdacht aufkommen, dass Erinnern einseitig stattfindet und die Tabus gegen unsere Nazivergangenheit noch immer lebendig sind. Wir erinnern uns mit Denkmälern, Stolpersteinen und Gedenkreden an die Opfer des Nazi-Regimes. Und das ist gut so. Wo aber bleibt die Erinnerung an die Täter? Können wir nicht von denen lernen, die in die Falle der Nazi-Ideologen gegangen sind? Wiederholt sich nicht ständig einiges von dem, was damals geschehen ist? Wir verschließen immer noch den Blick vor der Vergangenheit, verurteilen die Täter, ohne sie anzusehen. Wie weit sind wir hinter die Erkenntnisse einer Hannah Arendt zurückgefallen, die das Erinnern keinesfalls eindimensional gesehen hat? Wann endlich stellen wir uns unserer Vergangenheit in all ihren traurigen und beängstigenden Facetten?

Peter Hakenjos, Pfinztal

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klinik am Leisberg

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Baden-Baden

Von hier an geht es aufwärts

Die familiäre Größe der Klinik, eine wunderschöne Umgebung, der herzliche Umgangsstil unserer Mitarbeiter und die professionelle Begleitung bieten Ihnen eine Wohlfühlumgebung zur Bearbeitung Ihrer Themen.

Kurzfristige Akutaufnahmemöglichkeiten!

Indikationen: Depressionen, Schlafstörungen, Ängste und Zwänge, Burn-Out, Essstörungen

KÜ: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Hotline: 07221 / 39 39 30

Klinik am Leisberg, Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

Ihre Reiseleiter in PARIS
für Klassenfahrten und Gruppenreisen

erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig

vinculum MUNDI

Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen

Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

ITALIEN: LIGURIEN UND TOSKANA
wunderschöne Ferienhäuser / -whg privater Vermieter, mit Gärten, ruhig, nicht weit vom Meer, mittelalterliche Dörfer, herrliche Natur...
Tel.: 089 / 33 37 84, www.litos.de

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

- **Berlin – Stadtführungen**
- **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**

TRAVEL SITE
030-21805214
www.travelxsite.de

Französisch intensiv in der Provence
10.-15. Juli 2017. Niveaustufe A1, A2 und B1. Kosten für Kurs + Ü + HP = 500 €.
Anmeldung + Info: **Tel. 0174/6273600**

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

MASUREN UND MEHR ERLEBEN
in naTOURa Reisen
www.innatoura.de
Tel: 0551 - 504 65 71

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Behutsam die Welt entdecken
- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Italien
Abruzzen, Toskana und mehr
Stilvolle Unterkünfte zwischen Bergen und Meer.
Persönliche Beratung. Tel. 0391 - 81 08 952
www.lupus-italicus.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Würdesäule.

Bildung ermöglicht Menschen, sich selbst zu helfen und aufrechter durchs Leben zu gehen.
brot-fuer-die-welt.de/bildung

Mitglied der actalliance

Brot für die Welt
Würde für den Menschen.

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.

Der große Klassenfahrt-Ratgeber – kostenlos online
- Kostenplanung
- für jede Klassenstufe das richtige Reiseziel finden
- Verkehrsmittelplanung
- Vor- und Nachbereitung Ihrer Klassenfahrt

www.schulfahrt.de/ratgeber

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

✆ **Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17**

Diesmal

Cartoon: Thomas Plaßmann

Neu-alte Ergebnisse des „Chancenspiegels“